



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

**SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK**

36

SEPTEMBER 1977

ENTSPANNUNG FÖRDERT HANDEL

★ Atom im Dienste der Polarforschung ★ AFRIKA: GEFÄHRLICHE
PLÄNE DER IMPERIALISTEN ★ Vietnam: Land der guten Hoffnung





SOWJETUNION IM BILD

Die Moskauer, die Gastgeber der XXII. Olympischen Sommerspiele, bereiten sich sorgfältig auf dieses Fest des Sportes und der Völkereundschaft vor. Viele organisatorische Fragen sind bereits gelöst, u. a. ist die Fernsehübertragung der Wettkämpfe in alle Kontinente gesichert. Über zwei Milliarden Zuschauer werden die Moskauer Olympiade verfolgen.

Die Erbauer der olympischen Objekte haben alle Hände voll zu tun. Die Mehrzwecksporthalle für 4000 Zuschauer in Lushniki, wo die Volleyballwettkämpfe ausgetragen wer-

den, wächst empör. Eine noch größere Halle für die Schwerathleten entsteht in Ismailowo, wo auch ein Hotelkomplex mit 10 000 Betten errichtet wird. Am Leningradski-Prospekt wird ein neues Hallenstadion geschaffen. Mit dem Umbau der wichtigsten Wettkampfstätte in Lushniki wurde begonnen.

Unsere Bilder: Modell eines überdachten Stadions und eines Schwimmbassins, die am Prospekt Mira entstehen ♦ Sie haben das olympische Dorf projektiert: die Architekten O. Kedrenowski, S. Karpowa, der Ingenieur W. Kostenko, der Architekt M. Poltorazki und der Konstrukteur L. Kagan ♦ Neben dem berühmten Ruderkanal in Krylatskoje wird eine weitere einmalige Sportstätte montiert — die Radrennbahn.

Fotos A. Natruskin, A. Rikelman und TASS



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweites Geschichtshaus
Sektion Marxismus-Leninismus

SCHEINPARADOXE

Seit 1967 hätte man mehr als nur einmal glauben können: Noch ein wenig, dann sind die entscheidenden Schritte getan, dann ist der Nahostkonflikt zu Ende. Bisher haben sich diese Hoffnungen leider nicht bewahrheitet. Mehr noch, die israelische Regierung wird immer dreister. Sie macht ihre Militärdörfer auf den okkupierten arabischen Territorien zu einer ständigen Einrichtung, gibt den Bau weiterer solcher Dörfer bekannt, weigert sich, einen Rückzug ihrer Truppen vom Westufer des Jordan auch nur zu besprechen, und dehnt ihre Rechtsprechung gesetzwidrig auf das annektierte Territorium aus. Von der getarnten Einmischung in die Angelegenheiten Südlibanons ist Tel Aviv dazu übergegangen, die dortigen Reaktionskräfte offen zu stützen, und wenn es früher die Rechte der palästinensischen Araber beschnitt, so versucht es heute, ihre Befreiungsbewegung militärisch zu unterdrücken. Die Drohungen, gegen die arabischen Länder einen neuen „Präventivkrieg“ zu entfesseln (auf diese Möglichkeit spielen israelische Minister und Generale immer wieder auf), werden von nicht abbreißenden US-Waffenlieferungen erhärtet, die ohnehin volle Arsenale Israels auffüllen.

Als Geräuschkulisse dient das Gerede von der Bereitschaft der israelischen Regierung zu einem mysteriösen „wahren Frieden“. Wohl noch nie sprach man in Tel Aviv und Washington so viel zu diesem Thema wie in den letzten Monaten, besonders während der kürzlichen Nahostreise des US-Außenministers Vance. Ist es aber nicht merkwürdig, daß gerade nach dieser Reise die herausfordernden Aktivitäten der israelischen Expansionisten im militärischen und politischen Bereich deutlich erweitert werden? Wirkt es nicht paradox, daß die Washingtoner Politiker von einer friedlichen Regelung reden, zugleich aber solche Aktivitäten ihrer israelischen Schützlinge faktisch ermuntern?

Nein, das hat seine Logik, wenn diese auch

pervers ist. Unter dem „wahren Frieden“ verstehen die Anhänger einer solchen Konzeption nicht eine tatsächlich gerechte Regelung. Im Gegenteil, die Schlüsselfragen — Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 besetzten arabischen Territorien und Gewährleistung der Rechte der Palästinenser — möchte Tel Aviv zumindest auf die lange Bank schieben, und die US-Regierung hilft ihm gern dabei. Präsident Carter ging z. B. in seiner Rede vom 27. August auf das Nahostproblem ein, erwähnte aber weder das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat noch ihre eventuelle Teilnahme an der Genfer Konferenz.

Unter dem „wahren Frieden“ verstehen die Expansionisten aus Tel Aviv die vielzitierten „offenen Grenzen“ zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten, einen „freien Strom“ von Menschen und Waren, sogar eine „Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich“ — alles zu dem Zweck, Tel Aviv zum Mittelpunkt eines ausgedehnten neokolonialistischen Reiches im Nahen Osten zu machen.

Darauf läuft im Grunde die zionistische „Regelung“ hinaus, und es gibt nichts Paradoxes daran, daß man eine solche Regelung nicht so sehr mit diplomatischen Mitteln zu erreichen versucht wie vielmehr durch eine forcierte Aufrüstung und durch Umwandlung der 1967 okkupierten arabischen Gebiete in Aufmarschgebiete der Aggression. Um aber die arabischen Länder zur Akzeptierung einer solchen Entwicklung zu zwingen, greift man zur alten Taktik: Man schürt Hader zwischen den Arabern und geht einen Kuhhandel mit der dortigen Reaktion ein.

Was hat all das aber mit einem gerechten Nahostfrieden gemein? Nichts. Selbst die US-Presse gibt heute zu, daß die „harte Position, die die Israelis nach der Vance-Reise bezogen haben“, die Spannungen in diesem ohnehin explosiven Raum noch verstärkt hat. Das Leben zeigt immer wieder: Der Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 besetzten arabischen Territorien, die Gewährleistung der nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina bis zum Recht auf Eigenstaatlichkeit, die Herbeiführung der Voraussetzungen für eine unabhängige Entwicklung und die Sicherheit aller Völker und Staaten im Nahen Osten — nur das kann die Grundlage für die gerechte Schlichtung des alten, aber nach wie vor gefährlichen Nahostkonfliktes liefern. Die Versuche hingegen, eine solche Lösung durchs Manövrieren zu ersetzen, können nur vom Frieden weg-führen.

Leonid Breschnew gratulierte dem Generalsekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, zu dessen 65. Geburtstag. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zeichnete Erich Honecker in Würdigung seiner hervorragenden Rolle bei der Entwicklung der brüderlichen Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern der UdSSR und der DDR sowie seines wesentlichen Beitrages zur Festigung des Friedens und des Sozialismus mit dem Orden der Oktoberrevolution aus.

Am 30. August ging der offizielle Freundschaftsbesuch des Präsidenten der SFRJ und Vorsitzenden des BdKJ, Josip Broz Tito, in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zu Ende. Am selben Tag traf Josip Broz Tito zu einem offiziellen Besuch in der Volksrepublik China ein.

Am 26. August wurde in Lagos die Weltkonferenz für Aktionen gegen die Apartheid beendet. In ihrer Schlußdeklaration bekundet sie volle Unterstützung für den Befreiungskampf des Volkes der Republik Südafrika, erkennt sein Recht auf jedwede Mittel und Methoden im Kampf für die Freiheit an und billigt die Position der Staaten und Organisationen, die den unterdrückten Völkern im Süden Afrikas helfen. Die Konferenz erachtete es für dringend notwendig, wirtschaftliche und andere Sanktionen gegen das Apartheidregime, einschließlich der Einstellung von Darlehen und Investitionen, zu ergreifen.

Am 26. August empfing Andrej Gromyko den in der UdSSR weilenden amerikanischen Senator George McGovern, einen namhaften Repräsentanten der Demokratischen Partei der USA. Im Gespräch wurden Fragen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA sowie einige internationale Probleme einschließlich der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung behandelt.

Vom 23. bis 27. August fand ein offizieller Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und Präsidenten der Volksrepublik Angola, Agostinho Neto, in Kuba statt. Er führte Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas, Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates der

Republik Kuba, Fidel Castro, sowie mit anderen Persönlichkeiten. Beide Seiten stellten die erfolgreiche Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Kuba und der VRA und völlige Übereinstimmung ihrer revolutionären Positionen und Prinzipien fest.

Am 28. August wurde die Reise einer Delegation des Weltfriedensrates durch die „Frontstaaten“ des afrikanischen Südens beendet. Ihr gehörten Vertreter der Friedenskräfte Schwedens, Panamas, der UdSSR und anderer Länder an. In einer Erklärung über die Reiseergebnisse befand die Delegationsleiter Aziz Sherif, Generalsekretär des Nationalrates für Frieden und Solidarität des Irak, daß die unterschiedene Unterstützung des Kampfes für die vollständige Befreiung Afrikas ein integraler Bestandteil der Tätigkeit der Weltfriedensbewegung ist.

Vom 24. bis 29. August fand in München die XXVII. Pugwash-Konferenz statt, an der 250 Wissenschaftler aus 70 Ländern teilnahmen. Man behandelte Probleme der Erhaltung des Friedens, der Verhütung eines Nuklearkrieges und der Vertiefung der Entspannung. Acht Kommissionen erörterten verschiedene Aspekte der Sicherheit und Zusammenarbeit.

Am 23. August wurde im Genfer Palais des Nations die 17. Tagung des Rates für Handel und Entwicklung (UNCTAD) eröffnet. Die Tagungsteilnehmer erörtern aktuelle Probleme der internationalen handelswirtschaftlichen Zusammenarbeit. Einen wichtigen Platz haben dabei Fragen der Entwicklung gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Handelsbeziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichem sozialökonomischem System sowie die Beseitigung von Diskriminierung und künstlichen Hindernissen im internationalen Handel.

Vom 22. bis 26. August weilte der Shah des Iran, Mohammed Reza Pehlewi, zu einem offiziellen Besuch in Polen. Das Hauptthema seiner Verhandlungen mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Edward Giersek, und dem Vorsitzenden des Staatsrates der VR Polen, Henryk Jablonski, waren Probleme der weiteren Zusammenarbeit zwischen Polen und dem Iran. Außerdem fand ein Meinungsaustausch zu internationalen Fragen statt, die die Vertiefung der Entspannung und der zwischen-

staatlichen Zusammenarbeit betreffen. Es wurde ein Abkommen über die Entwicklung der polnisch-iranischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und ein Kulturaustauschprogramm für 1977 bis 1979 unterzeichnet.

Am 26. August würdigte die Organisation der Vereinten Nationen den Tag Namibias. Der UNO-Rat für Namibia rief auf zu einer umfassenden Unterstützung des mutigen Volkes Namibias in seinem legitimen Bestreben, mit der Kolonialunterdrückung für immer Schluß zu machen.

Vom 22. bis 26. August fand ein Besuch des US-Außenministers Cyrus Vance in China statt. Bei seinem Treffen mit Hua Kuo-feng und Teng Hsiao-ping kam es, nach den Worten von Cyrus Vance, zu einem „ernsthaften Meinungsaustausch über viele globale und bilaterale Fragen“. Ein offizielles Kommuniqué über die Ergebnisse dieser Reise, die Cyrus Vance als eine „Studienreise“ bezeichnete, wurde nicht veröffentlicht. Am 26.—27. August besuchte Vance Tokio, wo er mit dem Ministerpräsidenten Japans Fukuda und dem Außenminister Hatoyama verhandelte.

Am 27. August traf eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Leitung des Vorsitzenden des Unionsowjets des Obersten Sowjets der UdSSR Alexander Schitnikow auf Einladung des schwedischen Parlaments zu einem offiziellen Besuch in Stockholm ein.

Am 22. August wurde ein internationales biologisches Kosmosexperiment erfolgreich beendet. Der Landeapparat von „Kosmos 936“, an dessen Bord sich verschiedene biologische Untersuchungsobjekte und Forschungsgeräte der UdSSR, der CSSR, Frankreichs und der USA befanden, ging im berechneten Raum nieder. Die Ergebnisse des Experiments werden untersucht.

Am 28. August wurde in Sofia die Universiade 77 beendet, die zehn Tage gedauert hat. An den Wettkämpfen beteiligten sich 4500 Studenten aus 87 Ländern aller fünf Kontinente. Die sowjetischen Sportler gewannen 96 Medaillen, darunter 31 Gold-, 36 Silber- und 29 Bronzemedailles.



Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat beschlossen, die siebente außerordentliche Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der neunten Legislaturperiode für den 4. Oktober nach Moskau einzuberufen. Sie soll den Entwurf der Verfassung (des Grundgesetzes) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erörtern. Indessen dauert im ganzen Lande die Volksdiskussion über den Entwurf der neuen Verfassung an. Unser Bild: Eine Kundgebung in der 1. Staatlichen Kugellagerfabrik in Moskau.

TASS-Foto

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 36 SEPTEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignafow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur),
W. Kusnezow, B. Pistschik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjowski (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben),
D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP. Ploščad' Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Scheinparadoxe	1
W. Afonin — Kultur — Gemeingut des Volkes	4
J. Zaplin — Apartheid auf der Anklagebank	6
T. Gushenko — Die „Arktika“ am Pol	8
G. Kolokolow — Malaysia. Ein Land und seine Sorgen	10
J. Tjunkow — Libanon. Unruhiger Süden	11
L. Besymenski — Die Bombe gegen Europa	12
K. Karagesian — BRD. Explosion auf dem Münsterplatz	14
N. Nejland — Schweden. Zynismus der Newtronenbombenverfechter	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
B. Lejbson — Revolution, Moral, Politik	18
J. Korschunow — Rhodesien. Der zuverlässige Ian Smith	20
W. Šitomirski — Moskauer Buchmesse	23
B. Borissow — Im Dienste des Außenhandels	24
Biographisches: Michael O'Kennedy	26
A. Pin — Vietnam. Land der guten Hoffnung	27
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

In den USA dauern die Aktionen der Öffentlichkeit gegen die Mißachtung der Menschenrechte und Freiheiten in diesem Lande an. Es finden Kundgebungen unter den Losungen „Der Kampf für Bürgerrechte muß im eigenen Haus beginnen“, „Freiheit für die Kämpfer gegen die Rassendiskriminierung“, „Freiheit für die Wilmingtoner Zehn“ statt. Das Titelbild: Eine Demonstration in Washington für die „Wilmingtoner Zehn“ — die Aktivisten der Negerbewegung, die im Staat Nordkarolina nach einer falschen Anklage zu langen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Foto ADN—TASS

KULTUR—GEMEINGUT DES VOLKES

Wladimir AFONIN

Nicht jeder kann ein Raffael sein, aber jeder, der Raffaels Gabe besitzt, muß die Möglichkeit haben, sie zu fördern. Dieser in der „Deutschen Ideologie“ von Marx und Engels mehrmals ausgesprochene Gedanke gibt kurz und mit äußerster Klarheit ihre Einstellung zu einer der wichtigsten Aufgaben wieder, die die Erbauer der neuen Welt hatten.

Gewisse Möglichkeiten waren und sind auch unter der Ausbeuterordnung vorhanden, aber meistens nur für Angehörige der begüterten Schichten oder für vereinzelte Talente; und die Kultur selbst wird dort in einer Weise entstellt, die den Absichten der „Mächtigen dieser Welt“ entspricht. Davon zeugt ja die Einteilung der Kultur in den meisten bourgeoisen Staaten in eine Kultur für die „Elite“ und eine „für die Massen“, eine Einstellung, für die dort nicht nur Propaganda gemacht, sondern die auch in die Tat umgesetzt wird. Die Folge davon ist, daß weite Kreise der Werktätigen in diesen Ländern eigentlich keine Gelegenheit haben, geistige Werte zu genießen und ihre Gaben zu fördern.

In den sozialistischen Ländern, wo die Klassenantagonismen behoben sind und der sozialen und geistigen Unterdrückung ein Ende gemacht ist, „kommen Leute“, um mit Maxim Gorki zu sprechen, „in gutem Sinne hoch“. Anders kann es ja auch nicht sein in einer Gesellschaft, die es zu ihrem Programm gemacht hat, allen ihren Mitgliedern völliges Wohlergehen und ~~ihre~~ freie allseitige Entwicklung zu gewährleisten. Dafür ging das Proletariat Rußlands im Oktober 1917 zum Sturmangriff auf die alte Welt über, diese Aufgabe wurde in alle drei Programme unserer Partei aufgenommen und ist jetzt auch in den Entwurf zur neuen Verfassung der UdSSR einbezogen.

Auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom Mai 1977 sagte Leonid Brezhnev, der Vorsitzende der Verfassungskommission: „Beim Lesen unserer neuen Verfassung werden die Menschen noch deut-

licher erkennen, wie umfassend und mannigfaltig die Rechte und Freiheiten der Bürger der sozialistischen Gesellschaft sind. An ihren Bestimmungen wird die Welt einen Staat erkennen, der sich die stete Hebung des Wohlstandes und der Kultur seines Volkes, aller seiner Klassen und Gruppen ohne jede Ausnahme zum Ziel gemacht hat und tatkräftig auf dieses Ziel hinwirkt.“

In dem Kapitel „Soziale Entwicklung und Kultur“ des Verfassungsentwurfs heißt es: „Gemäß dem kommunistischen Ideal, wonach die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, zielt der Sowjetstaat darauf ab, die realen Möglichkeiten für die Entwicklung und den Einsatz aller schöpferischen Kräfte, Fähigkeiten und Begabungen der Bürger, für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit zu erweitern.“

Dieses generelle Prinzip ist in einigen anderen Artikeln des Entwurfs konkretisiert. In ihnen sind die Rechte auf Bildung und auf Zugang zu den Kulturwerten verbrieft, ist das Recht garantiert, sich in Wissenschaft, Technik und Kunst schöpferisch zu betätigen. In vollem Einklang mit der Praxis der sozialistischen Gesellschaft ist im Entwurf noch größerer Nachdruck als in der jetzt geltenden Verfassung auf die materiellen Garantien für diese wie auch für die anderen Rechte und Freiheiten gelegt.

Worin bestehen die Garantien?

Nehmen wir zuerst ein so wichtiges Recht wie das auf Bildung. In der UdSSR sind die materiellen und sozialen Voraussetzungen dafür vorhanden, daß jeder Ober-, Berufs- oder Hochschulbildung erwerben kann. Sie hat ein großes System von Lehranstalten mit erstklassigen Lehrkräften und Wissenschaftlern. Im Schuljahr 1976/77 hatte die UdSSR 159 000 allgemeinbildende Schulen, 4303 Berufsschulen und 859 Hochschulen. Der Sowjetstaat und die Kommunistische Partei sorgen ständig für eine weitere Verstärkung und Ausdehnung der materiellen Basis für

den Unterricht, für seine Einstellung auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution, für bessere Unterrichts- und Lebensverhältnisse der Schüler, Studenten und Lehrkräfte.

Aber natürlich ist nicht allein und vielleicht sogar nicht so sehr die materielle Basis des Bildungswesens ausschlaggebend. Viele Länder im Westen haben möglicherweise noch besser eingerichtete Schulen und Universitäten. Für die Vorzüge eines Schulungssystems ist ja nicht das bestimmend. Entscheidend sind die sozialen Verhältnisse, ist die Zielsetzung an den Ober- und Hochschulen und der Grad der Demokratie im Bildungswesen selbst, vor allem seine Zugänglichkeit für alle Schichten der Gesellschaft.

So gesehen, sind die Vorzüge des sowjetischen Bildungswesens besonders markant. Es sei hervorgehoben, daß unser Land ein einheitliches Bildungssystem hat, daß die Möglichkeiten eines jeden, Kenntnisse zu erwerben, an allen allgemeinbildenden Lehranstalten gleich sind, so daß jeder mit der gleichen Vorbildung an eine Berufs- oder Hochschule gehen kann.

Das Recht, sich zu bilden und zu schaffen, hat in der UdSSR jeder, unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung, materieller Lage, Nationalität, Rasse, Geschlecht, Sprache und Einstellung zur Religion. Wegen der zusätzlichen Schwierigkeiten beim Vorbereiten auf ein Studium, die der Zeitmangel den erwerbstätigen jungen Menschen bereitet, sind spezielle Lehrgänge eingerichtet, an denen sie vorgeschult werden. Nach bestandenen Examina werden sie immatrikuliert. Wer neben dem Beruf studieren möchte, der kann es an den vielen Lehranstalten mit Fern- und Abendunterricht. Solche Werkstudenten genießen besondere Vergünstigungen: zusätzlichen bezahlten Urlaub, eine verkürzte Arbeitswoche usw. Kein Wunder also, daß die Sowjetbürger von ihrem Recht auf Bildung ausgiebigen Gebrauch machen. In der Meldung der Statistischen Zentralverwaltung über die Erfüllung des Wirtschaftsplans im ersten Halbjahr 1977 hieß es: Im Unterricht aller Art sind bei uns rund 94 Millionen erfaßt, davon 46,5 Millionen in allgemeinbildenden, 1,5 Millionen in Berufs-, 4,6 Millionen in spezialisierten Ober- und 5 Millionen in Hochschulen; 5 Millionen

haben das Abitur gemacht. Von je 1000 Sowjetbürgern haben jetzt 586 das Abitur oder eine (abgeschlossene oder nichtabgeschlossene) Hochschulbildung. Sie brauchten nichts dafür zu bezahlen, die Kosten für soziale und kulturelle Maßnahmen ebenso wie für Bildung und Wissenschaft trägt der Staat, und er wendet immer mehr dafür auf. Betrug diese Aufwendungen im Jahre 1940 4,1 Md., so beliefen sie sich 1976 auf 80,5 Md. Rubel.

marxistische Kommunismus keine Pläne und Ideen hat.“ Er irrte sich sehr. Von den ersten Tagen nach der Revolution an sorgten die Partei und das ganze Sowjetvolk auch in den schwersten Jahren dafür, daß die nationalen geistigen Werte und größte Meisterwerke der Menschheit erhalten blieben. Ein Teilnehmer der damaligen Geschehnisse, der hervorragende russische Historiker Michail Pokrowski, schrieb: „Wir haben

Jetzt können wir stolz sagen, daß in der UdSSR jedem nicht nur Kenntnisse, sondern auch alle einheimischen und internationalen Kulturschätze zugänglich sind, die in staatlichen und gesellschaftlichen Beständen wie Museen, Bildergalerien, Archiven und Bibliotheken aufbewahrt werden. Das Sowjetvolk hat sein reiches Erbe unter der Sowjetmacht nicht nur zusammengehalten, sondern auf ein Vielfaches gemehrt. So konnte man vor der Revolution nur ganz wenige Städte als Pflanzstätten der Kultur bezeichnen. Heute sind die Kultur- und Bildungsstätten gleichmäßig über das Land verteilt. Die Sowjetmacht hat in den früher zurückgebliebenen Gebieten Rußlands einen kulturellen Aufschwung herbeigeführt. Vor 1917 bestanden 177 professionelle Bühnen im Lande, Anfang 1976 aber 570; Museen dementsprechend 213 und 1295; Klubs 200 und 135 100; große öffentliche Bibliotheken 13 900 und 131 400. Über 150 000 Bauten und Werke der monumentalen Kunst stehen unter staatlichem Denkmalschutz. Seit März d. J. ist ein Gesetz „Über den Schutz und die Benutzung historischer und kultureller Denkwürdigkeiten“ in Kraft.

In den 60 Jahren seit der siegreichen Revolution sind die im Dienste der Kultur stehenden Einrichtungen bedeutend erstarkt, haben sich Buchdruck, Film, Funk und Fernsehen stark entwickelt.

Im Jahre 1975 erschienen in den sowjetischen Verlagshäusern 83 400 Bücher und Broschüren in 1,7 Md. Gesamtauflage und in 53 Sprachen der Sowjetvölker sowie in 50 Fremdsprachen; außerdem 1334 Zeitschriften und 7985 Zeitungen. Die sowjetische Durchschnittsfamilie hält vier Periodika.

Viel Gewicht legt die UdSSR darauf, den Kulturaustausch mit anderen Ländern auszudehnen. Die Kenntnis wertvoller Kunstwerke und Geistes schätze anderer Völker fördert die Verständigung und die gutnachbarlichen Beziehungen der Staaten und trägt zu einem festeren Frieden bei. Diesen Grundsatz vertrat die sowjetische Delegation auch auf der KSZE in Helsinki. Vom Streben unseres Landes nach einem umfangreicheren Austausch geistiger Werte zeugt auch die Tatsache, daß wir zu mehr als 120 Ländern in kulturellen Beziehungen stehen. In den letzten 10 Jahren ist dieser Austausch unseres Landes mit an-



Diese Zahlen sind um so beredter, wenn man sie mit den entsprechenden in den kapitalistischen Ländern vergleicht. Selbst in den USA sind nach Angaben des Unterrichtsdepartements 23 Millionen Bürger im Alter über 16 Jahre Analphabeten. Der Nachweis erübrigt sich, daß die Lebensverhältnisse im Kapitalismus schuld daran sind, der Umstand, daß der arbeitende Mensch keinen Zugang zu Bildung und geistiger Kultur hat.

Nach der Revolution in Rußland behaupteten die Feinde des Sozialismus, der Bolschewismus sei zu schöpferischer Tätigkeit unfähig, ja er bringe — so Robert Wilton, ein Korrespondent der *New York Times* — nur Zerstörungen mit sich, er liefere die russische Kultur der Vernichtung aus, leugne die Literatur und jede geistige Tätigkeit überhaupt und werfe die ganze Intelligenz über Bord. Selbst Herbert Wells, der mit unserem Land sympathisierte, behauptete damals: „Im Hinblick auf das geistige Leben der Gemeinschaft entdeckt man, daß der

Die nach dem lettischen Komponisten Dārzins benannte Musikschule wird von 360 Jungen und Mädchen, Kindern von Rigaer Arbeitern und Angestellten, besucht. Unser Bild: Martinš Klišas, der das zweite Jahr zur Schule geht, singt in einem Knabenchor Solopartien.

Foto TASS

keine Schuhe an den Füßen, aber die Eremitage wird während der Revolution und dank ihr zur bedeutendsten Kunstsammlung der Welt nach dem Louvre und dem Vatikan... Einst wird man dem russischen Proletariat ein Denkmal vor der Akademie der Wissenschaften und vor der Akademie der Künste setzen, gerade dafür, daß er, den Wissenschaften und Künsten infolge seiner lastenden Vergangenheit weit fernstehend, in kritischen Augenblicken diese bei uns so seltenen Treibhauspflanzen nicht eingehen ließ, sondern sie — selbst hungernd und frierend — pflegte und für die kommenden Generationen großzog.“

deren Ländern auf das 2,5fache angewachsen.

Die Sowjetbürger haben viele Möglichkeiten, Werke der ausländischen Literatur, Kunst und Wissenschaft kennenzulernen. So importiert die Außenhandelsstelle Meshdunarodnaja kniga jährlich über 70 000 verschiedene Bücher und 20 000 verschiedene Periodika. Unlängst fanden die X. Moskauer Internationalen Filmfestspiele statt, die mit Filmen aus fast 100 Ländern besetzt waren, und demnächst wird die erste Moskauer Internationale Buchmesse eröffnet, zu der sich bereits über 65 Länder angemeldet haben.

* * *

Der Sowjetstaat bietet reale Garantien für ein freies Schaffen in Wissenschaft, Technik und Kunst, er unterstützt Vereine und Künstlerverbände und schützt das Urheberrecht der Erfinder und Rationalisatoren. Gefördert wird außer der professionellen auch die Laienkunst. An dieser beteiligen sich die Werktätigen in Massen. In Chören, Bühnen-, Tanz- und Malgruppen sind über 15 Millionen Erwachsene und 10 Millionen Schulkinder erfaßt. In Betrieben und Kolchosen allein bestehen über 18 000 Laienfilmstudios.

Es ist bei uns keine Seltenheit, daß Literatur und bildende Kunst Nachwuchs aus den Kreisen der begabten Laienkünstler erhalten. So erzählt Dmitri Gnatjuk, ein Volkskünstler der UdSSR und Deputierter ihres Obersten Sowjets, in der Zeitung *Sowjetskaja kultura*: „Mir ist, als wäre es noch nicht lange her, daß ich jedesmal, wenn ich bei den Arbeitern der Kiewer Arsenal-Werke war, wie verzaubert dem Sänger Sagrebellny von der Betriebslaienkunst zuhörte. Jetzt ist er auf der Bühne der Kiewer Schewtschenko-Oper mein Partner und ein Verdienter Künstler der Republik. An so etwas sind wir gewöhnt, es kommt oft vor.“ Ja, aber es besagt viel. Vor allem zeugt es doch wohl davon, daß es im geistigen Leben unseres Landes absolut demokratisch zugeht, daß bei uns die Kultur Sache des Volkes selbst ist. Lenin schrieb seinerzeit: „...Die Volksmassen sind nirgends so an wahrer Kultur interessiert wie bei uns; nirgends wer-

den die Fragen dieser Kultur so tief-schürfend und so folgerichtig gestellt wie bei uns...“

Die breiten Volksmassen sind an ihrem kulturellen Vorwärtsschritt interessiert, das zeigt sich jetzt unverkennbar in der Diskussion des ganzen Volkes über den Verfassungsentwurf, an der sich namhafte Wissenschaftler und Künstler wie auch Arbeiter und Bauern gleichermaßen beteiligen. Sie machen die verschiedensten Vorschläge zu den Verfassungsartikeln über die Organisation des Bildungswesens und über das geistige Leben im Land. Viele äußern z. B., daß es nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht des Sowjetbürgers sei, Bildung zu erwerben; auch sollte man eine bestimmte Verantwortlichkeit des Einzelnen, der Eltern sowie der Betriebsbelegschaften und -leitungen dafür in der Verfassung niederlegen. Der Schlosser Kim vom Gasbelieferungsrevier Rasdolnoje, Region Primorje, Rayon Nadjeschdinski, schlägt z. B. folgende Fassung für den betreffenden Artikel vor: „Es ist Bürgerpflicht und moralische Schuldigkeit eines jeden Bürgers der UdSSR, Oberschulbildung zu erwerben.“

Wärmste Zustimmung bei den sowjetischen Werktätigen haben die Artikel im Verfassungsentwurf gefunden, die Garantien für ein den Zielen des kommunistischen Aufbaus entsprechendes freies Schaffen in Wissenschaft, Technik und Kunst enthalten. „In unserem Land gehört die Kultur dem Volke. Sie dient der Erziehung derer, die die kommunistische Gesellschaft aufbauen“, schreibt W. Paltschun, der an einer Musikschule in Kursk unterrichtet. Seine Worte sind der Schlüssel zum Verständnis dessen, welche Bedeutung der Kultur in der sozialistischen Gesellschaft beigemessen wird, die nicht nur jedem allumfassende Bildungsmöglichkeiten bietet, sondern auch die edle Aufgabe erfüllt, den Menschen selbst zu erziehen und zu vervollkommen.

APARTHEID AUF DER ANKLAGEBANK

Der Kampf gegen die Apartheid und alle Formen der Rassenunterdrückung war das Thema der Weltkonferenz für Aktionen gegen die Apartheid, die vom 22. bis 26. August in der nigerianischen Hauptstadt Lagos stattfand. Zur Teilnahme an einem so repräsentativen Forum, das auf Initiative der UNO und der OAU einberufen worden war, trafen Delegationen aus etwa 70 Ländern und von den nationalen Befreiungsbewegungen ein. Dieses internationale Treffen wurde zu einem sehr verantwortungsvollen Augenblick abgehalten, da der täglich intensivierte nationale Befreiungskampf der Völker von Simbabwe, Namibia und der RSA unweigerlich den Sieg über die reaktionären Kräfte des Rassismus näher bringt. Zugleich ruft das Weiterbestehen der Rassistenregimes ständig internationale Spannungen und militärische Konflikte hervor.

Auf Beschluß der UNO wurden die Jahre 1973–1983 zum Jahrzehnt des Kampfes gegen Rassismus und Rassendiskriminierung erklärt. Das schändliche, unmenschliche System der Apartheid, der „getrennten Entwicklung“, und die erbarmungslose Unterdrückung von Millionen Afrikanern in den letzten Bastionen des Rassismus steht in engem Zusammenhang mit der Politik der reaktionärsten Kräfte der Welt. Deshalb ist die Liquidierung der Rassistenregimes für die ganze progressive Menschheit, vor allem für die unabhängigen afrikanischen Staaten, eine dringende Notwendigkeit.

„Durch die Schuld der Rassisten und ihrer imperialistischen Beschützer“, heißt es in Leonid Breshnews Grußbotschaft an die Konferenzteilnehmer, „ist der Süden Afrikas ein heißer Punkt der Erde. Frieden und Sicherheit können dort nur erreicht werden, wenn die rassistischen Verhältnisse durch eine vollständige Verwirklichung der Bestimmungen der UNO-Charta und der historischen Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker beseitigt werden.“

Am 30. November 1973 nahm die UNO-Vollversammlung mit überwiegender Mehrheit eine internationale Konvention über die Unterbindung des Apartheidverbrechens

und dessen Ahndung an. Dort heißt es: „Die Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und eine Verletzung der Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere der Ziele und Prinzipien der UNO-Charta, und schafft eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit.“

Die Teilnehmer der Konferenz von Lagos befaßten sich mit den verschiedensten Aspekten dieses Problems. Große Aufmerksamkeit galt der Enthüllung der Verbindungen der Rassenregimes im Süden Afrikas mit den imperialistischen Ländern des Westens, besonders auf militärischem Gebiet. Das nigerianische Staatsoberhaupt Olu-segun Obasanjo verurteilte die westlichen Länder wegen ihrer Handlangerdienste für das rassistische RSA-Regime. Kubas Außenminister Malmierca Peoli erinnerte in seiner Rede daran, daß 1963, als die UNO dazu aufrief, ein Embargo gegen Waffengeschäfte mit der RSA zu verhängen, die Rüstungsausgaben Pretorias 200 Mio Dollar betrugen. Jetzt ist diese Summe auf 2 Md. Dollar jährlich angewachsen, wobei für den Waffenimport 1,2 Md. ausgegeben werden. Diese Waffen stammen überwiegend aus den USA, Frankreich und Italien. Ein offenes Geheimnis sind auch die westlichen Lieferungen von Rüstungsgütern an das rhodesische Rassenregime, das sie im Kampf gegen die Patrioten von Simbabwe wie auch für Provokationen gegen die Nachbarstaaten Moçambique, Sambia und Botswana einsetzt.

Außer den weitreichenden imperialistischen Plänen für starke Bollwerke gegen die Befreiungsbewegung der afrikanischen Völker soll die militärische Zusammenarbeit der NATO-Länder mit den Rassenregimes insbesondere die westlichen Investitionen im südlichen Afrika schützen. Die tansanische Zeitung *Daily News* schrieb in diesem Zusammenhang, daß 70% der direkten Kapitalinvestitionen in der RSA aus westlichen Ländern und Japan kommen. Entgegen den Protesten der Weltöffentlichkeit aktivieren ausländische Banken ihre Tätigkeit in diesem Land. Allein in den letzten anderthalb Jahren hat sich der Umfang der Exportkreditgarantien der Bundesrepublik für den RSA-Handel vervierfacht und beträgt jetzt fast 3 Md. DM. Die bundesdeutschen Investitionen in die südafrikanische

Wirtschaft haben 576 Mio DM erreicht. 40 Filialen ausländischer Banken haben laut Pressemeldungen auf Proteste folgendermaßen reagiert: Sie beschlossen, jegliche Publizität zu vermeiden, wobei sie die enge Zusammenarbeit mit dem Vorsterregime nicht zu beenden gedenken.

Die besondere Besorgnis der Konferenzteilnehmer riefen Meldungen hervor, die RSA stehe vor dem Abschluß der Entwicklung von Kernwaffen und bereite unmittelbar ihre Erprobung vor. Viele Redner wiesen darauf hin, daß die Regierungen und die Multis die ganze Verantwortung dafür tragen, daß die Rassen in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Das vergrößert zweifelsohne die Gefahr für den Weltfrieden und die Sicherheit der afrikanischen Völker. Als friedensgefährdend wurde in Lagos auch die Schaffung eines großen Raketenversuchsgeländes in Zaïre durch die bundesdeutsche OTRAG eingeschätzt.

Auf der Konferenz von Lagos wurde die Haltung einiger NATO-Länder und Israels scharf kritisiert, die in Worten zwar das Apartheidssystem verurteilen, doch es in Wirklichkeit durch Investitionen und Waffenlieferungen festigen. Die Deklaration der Konferenzteilnehmer über Antipartheid-Aktionen ruft alle Staaten auf, die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an die RSA einzustellen, wirtschaftliche und andere Sanktionen gegen das Apartheidregime zu ergreifen und zu seiner weiteren Isolierung beizutragen. Eine vollständige Beseitigung dieses Regimes und die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an das ganze Volk Südafrikas wird als Ziel bezeichnet. Die Konferenz verlangte die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller politischen Häftlinge der Apartheid, einen Abzug der RSA-Truppen aus Namibia, die Einhaltung der Rhodesien-Resolutionen der UNO, einschließlich des Ölembargos, sowie einen sofortigen Entwicklungsstop des Rüstungs- und Atompotentials Pretorias. Die Konferenz von Lagos billigte den Vorschlag, 1978 zum Internationalen Jahr des Kampfes gegen die Apartheid zu erklären.

Das Treffen in der nigerianischen Hauptstadt hat gezeigt, daß die Manöver der Neokolonialisten und Rassen in der ganzen Welt eine entschiedene Abfuhr erhalten.

J. ZAPLIN

NZ STREIFLICHTER

USA

Ende August sprach Präsident Carter vor Journalisten amerikanischer Provinzzeitungen und Rundfunksender. Der Präsident erklärte: „Für diese Amtszeit haben wir sehr sorgfältig eine Reihe außenpolitischer Ziele gesetzt. An erster Stelle stehen die Verhandlungen über eine Rüstungsbegrenzung.“ Carter teilte mit, Außenminister Vance werde sich nach Wien zu ihrer Wiederaufnahme begeben. Ferner sagte der Präsident, die USA erhofften einen günstigen Ausgang der Verhandlungen über ein Verbot der Kernwaffenteste.

Ferner unterzeichnete der US-Präsident eine Direktive, die vorsieht, das US-Militärpotential in Westeuropa zu verstärken und die Rüstungsausgaben für die NATO jährlich um 3% zu erhöhen.

NAHER OSTEN

Am 25. und 26. August fand in Damaskus eine Tagung des Zentralrates der PLO statt. Der Rat befaßte sich mit der internationalen Lage, insbesondere in der arabischen Welt, u. a. mit den Ergebnissen der Nahostreise von US-Außenminister Vance. Die Tagungsteilnehmer verurteilten die Manöver der USA und Israels gegen das arabische Volk von Palästina, insbesondere gegen sein Recht auf Selbstbestimmung und auf Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates. Der PLO-Zentralrat betonte erneut, daß ohne eine Lösung des Palästina-Problems auf der Grundlage einer Befriedigung der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes von Palästina kein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten erreicht werden kann.

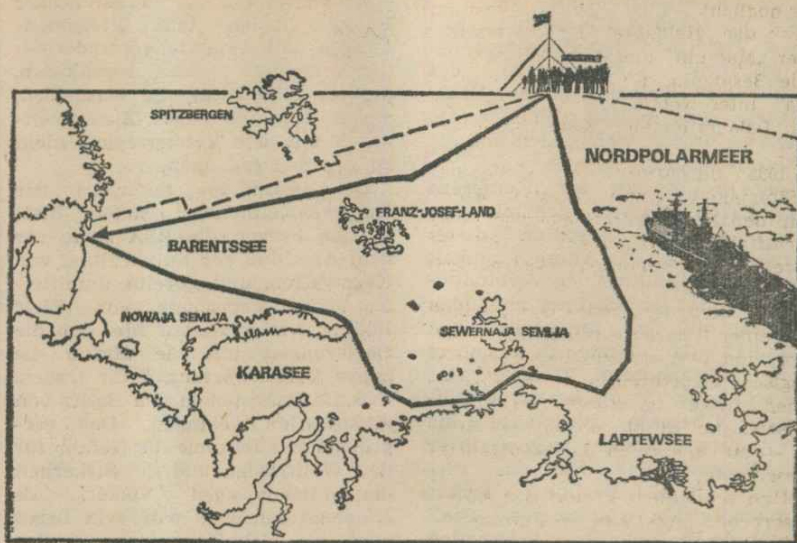
Der Zentralrat erörterte die jüngsten Ereignisse in Libanon und lenkte die Aufmerksamkeit der arabischen Länder auf die gefährlichen Pläne Israels und seiner Verbündeten in Südlibanon. Die Tagungsteilnehmer betonten, das Kairo-Abkommen von 1969 und das Chitoura-Abkommen von 1977 müßten verwirklicht werden.

BRD

In Stuttgart fand der 12. Kongreß der Sozialistischen Jugend-Internationale

Die Fahrt des sowjetischen Atomisbrechers „Arktika“ zum Nordpol hat eine neue Seite in der Entwicklung der Schifffahrt auf dem Nördlichen Seeweg, der wichtigsten sowjetischen Schifffahrtslinie in der Arktis, aufgeschlagen. Als konkrete Perspektive stellen sich neue Routen dar, die den Weg aus den europäischen Häfen in den Fernen Osten bedeutend verkürzen. Der Leiter dieser historischen Fahrt, Minister für Hochseeschifffahrt der UdSSR, Timofej Gushenko, zieht in seinem Artikel eine Bilanz und zeigt Wege für eine weitere Nutzung des Atoms im Interesse des Sowjetvolkes auf.

SOWJETISCHER ARKTISSEKTOR



DIE „ARKTIKA“ AM POL

Timofej GUSHENKO
Minister für Hochseeschifffahrt der UdSSR

Der 17. August 1977 wird in die Geschichte eingehen — als Triumph der sowjetischen Wissenschaft und Technik, des Mutes und des Könnens der sowjetischen Seeleute. An diesem Tag um 4 Uhr Moskauer Zeit haben sie zum erstenmal den Nordpol mit einem atomgetriebenen Schiff bezwungen, das in einem sowjetischen Werk, von sowjetischen Arbeitern und nach Projekten sowjetischer Wissenschaftler und Konstrukteure gebaut ist.

Ein Traum vieler Generationen von Seefahrern und Gelehrten im In- und Ausland ist Wirklichkeit geworden. Der Atomisbrecher „Arktika“ unter dem Kommando des bekannten Polarkapitäns Juri Kutschijew und des zweiten Kapitäns Wassili Golochwastow erreichte mit einer wissenschaftlichen Expedition 90° nördlicher Breite und 0° Länge.

Die Forschungsroute Murmansk—Laptew-See — Nordpol—Murmansk (3876 Seemeilen lang, davon 1300 Meilen im Eis) wurde in nur 13 Tagen geschafft. Etwa 15 Stunden hielten wir uns am Pol auf.

Schwer waren die Wege der russischen Pioniere, Seefahrer und Wissenschaftler zum Pol. Die Sla-

wen nahmen infolge ihrer geographischen Lage mit als erste Handel mit der Urbevölkerung im hohen Norden auf. Seit dem 9. Jahrhundert wächst das Interesse Rußlands an den Polargebieten, wird ihre Erschließung vorangetrieben.

In Dokumenten vom Ende des 15. Jh. stößt man auf Pläne, den Ozean von Westen nach Osten an der Arktis entlang zu durchqueren. Ein Jahrhundert später beginnen russische Industrielle mit der Erschließung von Nowaja Semlja, und seit der Mitte des 17. Jh. tauchen dort regelmäßig Regierungsexpeditionen bei der Suche nach Bodenschätzen auf.

Die große Polarexpedition des 18. Jh. nach einem Plan von Saltykow, der von Peter I. gebilligt wurde, ermöglichte es, 1746 an der Seesakademie eine Landkarte der nördlichen und östlichen Gebiete Rußlands zu schaffen. Das Material dieser Expedition wird von den Polarforschern ein ganzes Jahrhundert lang ausgewertet.

Nach einem Projekt von Lomonossow versucht Tschitschagows Expedition, eine Schifffahrtsstraße im Nordosten zu finden. Tschitscha-

gow fertigt auch eine Karte des gesamten Polarraums an. Doch erst Ende des 19. Jh. erfolgen erste Versuche, die nördlichsten Arktis-Räume und den Weg zum Nordpol zu erforschen.

Der Bau des 9000 PS starken arktischen Eisbrechers „Jermak“, des ersten der Welt, unter Führung von Admiral Makarow im Jahre 1899, die Erfindung des Rundfunks und der erste Einsatz von Flugzeugen zur Erforschung der Eisflächen bedeuten eine neue Etappe bei der Erschließung des Nordens. Hervorragende russische Gelehrte und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beteiligen sich unmittelbar daran — Mendelejew, Makarow, Schokalski, Wrangel u. a. Anfang des 20. Jh. werden wichtige Polarexpeditionen durchgeführt: Tolls auf dem Schoner „Sarja“ (1900 bis 1902), Russanows nach Nowaja Semlja auf der „Gerkules“ (1907 bis 1911), Brussilow auf der „Sw. Anna“ (1912—1914), Sedows Polarexpedition (1912—1914) u. a.

Doch erst die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat die Schifffahrt auf dem Nördlichen Seeweg durch Schaffung der erforderlichen

wissenschaftlich-technischen Basis ermöglicht. Eine große Leistung war die Heldentat der „Krassin“, der „Malygin“ und der „Sedow“, um die Besatzung des Luftschiffes „Italia“ unter Nobile zu retten, das 1928 im Polarraum eine Katastrophe erlitt.

1932 durchfuhr der Eisbrecher „Sibirjakow“ unter Kapitän Woronin den Nördlichen Seeweg in einer Schifffahrtssaison, wobei er 81° 28' Breite bei Sewernaja Semlja erreichte.

1935 stieß der Eisbrecher „Sadko“ bei einer Polarexpedition auf 82° 42' vor, und 1955 erreichte eine ozeanologische Expedition auf dem Eisbrecher „Litke“ im Raum von Franz-Josef-Land 83° 21' nördlicher Breite — ein Rekord in der Schifffahrtsgeschichte.

Und schließlich krönte der Atom-eisbrecher „Arktika“ im Jubiläumsjahr der Sowjetunion mit 23 460 BRT und 75 000 PS (Länge 140 m, Breite 30 m und Tiefgang 11 m) die heroischen Anstrengungen vieler Jahrhunderte.

Es geht nicht um das Prestige, zuerst mit einem Schiff den Nordpol zu erreichen. Das Vorhaben trug vor allem praxisbezogenen Charakter und war von den grandiosen langfristigen Plänen der KPdSU für eine weitere volkswirtschaftliche Erschließung der riesigen nördlichen Weiten der Sowjetunion mit ihren überaus reichen Naturressourcen bestimmt. Für eine effektivere Nutzung dieser Ressourcen muß die Schifffahrt neue Regionen erreichen — durch eine Verlängerung der Schifffahrtssaison auf dem traditionellen Nördlichen Seeweg und durch Schiffsverkehr in den höheren Breiten des Nordpolarmeeres.

Eine Lösung dieser Probleme verlangt, daß die langjährige Praxis auf dem Nördlichen Seeweg gründlich analysiert wird sowie die wissenschaftlichen Angaben, die technischen und organisatorischen Lösungen bei der Prognostizierung der Eisverhältnisse überprüft werden. Ferner sind die technischen und wirtschaftlichen Parameter für Eisbrecher aller Typen zu bestimmen, ist die Arbeit des Transportmechanismus zu organisieren.

Bei dieser Forschungsfahrt wurden viele Experimente unter unterschiedlich schweren natürlichen Bedingungen durchgeführt. Insbesondere sammelte man neue wissenschaftliche Angaben über die Eis- und Witterungsverhältnisse in der ganzen sowjetischen Arktis. Um

diese Angaben zu erhalten, müssen alle Arten von Eis durchfahren werden. Die Bearbeitung der gewonnenen Informationen wird es ermöglichen, das Wetter und die Eisverhältnisse genauer vorherzusagen, um Schiffe und Schiffskonvois sicherer durch den Nördlichen Seeweg zu leiten. Außerdem bekommen die Projektanten und Schiffsbauer zusätzliche Empfehlungen für die Stabilität von Eisbrechern aller Typen.

Die Betriebsanlagen des Atom-eisbrechers wurden unter äußerst komplizierten Bedingungen eingehend untersucht — beim Durchbrechen riesiger Eisblöcke.

Die hierbei erhaltenen Angaben stellen nicht nur den Maschinen des Eisbrechers ein gutes Zeugnis aus, sie ermöglichen es auch, einige Fragen, die die weitere Vervollkommen der jetzigen und die Projektierung neuer atomenergetischer Anlagen betreffen, für Eisbrecher aller Typen zu beantworten.

Zum erstenmal wurden interessante Untersuchungen der Manövrierfähigkeit unter den Bedingungen der Polarschifffahrt durchgeführt. Dieses Forschungsmaterial kann wichtige Hinweise zur Entwicklung von riesigen Schiffs-schrauben für die Eisnavigation geben.

Auch einige neue Instrumente wurden erprobt, u. a. ein Gerät, das die Eisdichte von einem Hubschrauber oder Flugzeug aus mißt.

Nach der Bearbeitung der gesamten Informationen werden sie ausgewertet, um einen Perspektivplan für die Entwicklung der materiell-technischen Basis der Seeschifffahrt aufzustellen, der den Bedürfnissen der sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft des hohen Nordens und Fernen Ostens weitgehend gerecht wird.

Diese Forschungsfahrt war eine weitere Prüfung des sowjetischen Ausbildungssystems für Seeleute. Hierbei wurde der Charakter der sowjetischen Menschen und ihre Fähigkeit, das Atom zu friedlichen Zwecken zu nutzen, einer Bewährungsprobe unterworfen, die glänzend bestanden wurde.

Die hohe Bewertung, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, in seiner Grußbotschaft ausdrückte, mobilisiert die Wissenschaftler, Schiffsbauer und alle Seeleute zu neuen Großtaten.

NZ STREIFLICHTER

statt, an dem über 200 Delegierte aus mehr als 40 Ländern teilnahmen. Die Delegierten sprachen sich für reale Abrüstungsschritte aus und riefen die Regierungen unter sozialdemokratischer Führung auf, mit konkreten Vorschlägen aktiv zu den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen beizutragen.

Der Kongreß schloß mit überwiegender Mehrheit die amerikanische Sektion aus der Sozialistischen Jugend-Internationale aus — so etwas geschah zum erstenmal in der langjährigen Geschichte dieser Organisation. Ein Sprecher des Exekutivkomitees sagte zu den Gründen, diese Sektion habe die Rolle gebilligt, die die USA beim Sturz des legitimen chilenischen Präsidenten Salvador Allende gespielt haben, und die amerikanische Regierung wegen des Vietnamkrieges nicht scharf genug kritisiert. Das zeige, daß die amerikanischen Jungsozialisten bei Konflikten ihren Standpunkt den Interessen des US-Kapitals unterordnen.

■ BRASILIEN

Über 15 000 Polizisten mit Tränengasbomben und Hunden wurden am 23. August eingesetzt, um Studentendemonstrationen in der größten brasilianischen Stadt São Paulo zu unterdrücken. Die Demonstrationen standen unter regimfeindlichen Losungen. Etwa 40 Studenten wurden verhaftet.

Zwei Tage später kam es zu Studentendemonstrationen auch in einigen anderen Städten. Die Studenten gingen auf die Straße, um gegen die Verhaftung ihrer Kommilitonen zu protestieren, die im Juni d. J. in Brasilia und Rio de Janeiro eine Rückkehr zur Demokratie und eine größere Mitsprache der Studenten im Universitätsbereich verlangt hatten. In Porto Alegre, der Hauptstadt des südlichsten Bundesstaates Brasiliens, ging die Polizei mit Gummiknüppeln vor und nahm sechs studentische Demonstranten fest.

Die Studentenunruhen nahmen in diesem Jahr zu, nachdem das Militärregime den Nationalkongreß aufgelöst hatte.

EIN LAND UND SEINE SORGEN

Genrich KOLOKOLOW

Man sagt, Malaysia stehe auf Zinn und lebe von Kautschuk. In gewissem Grade stimmt das auch.

Seitdem im Jahre 1820 im Inneren der Halbinsel Malakka große Zinnvorkommen gefunden wurden, ist Malaysia der größte Zinnproduzent. Heute bestreitet es die Weltausbeute zu 37%.

Der Kautschukboom in Malaysia setzte Ende des 19. Jahrhunderts ein, als John Dunlop die Fahrradreifen erfand und Henry Ford seine Autos auf Fließband zu bauen begann. Das feuchte Tropenklima, ähnlich wie in Brasilien, der Heimat der Kautschukbäume, brachte die unternehmenden Engländer auf die Idee, in dieser Kolonie eine Rohstoffbasis für die Gummiindustrie zu schaffen, die sich in jenen Jahren rapide entwickelte. Allmählich verdrängten die „goldenen Heven“ die Kaffeeplantagen, die vorher zwei Drittel der Anbauflächen eingenommen hatten.

Malaysia entwickelte sich zum größten Naturkautschukproduzenten der Welt, die Kautschukaufuhr erbringt 23% aller Einkünfte aus dem Export.

Nachdem am 31. August 1957 die Unabhängigkeit ausgerufen worden war, konnte das Land seine Naturschätze ausgiebig für die nationale Entwicklung gebrauchen.

In den 20 Jahren der unabhängigen Entwicklung hat Malaysia bei mehreren wirtschaftlichen Kennwerten viel erreicht. Außer für sein Zinn und seinen Kautschuk ist es für seinen Palmöl-export bekannt. Auch Erdöl ist vorhanden. Man baut Gewürze an. Rasch nimmt die Ausfuhr tropischer Edelhölzer zu.

Die Regierung arbeitet an Maßnahmen dafür, die Erfolge auszubauen und einen weiteren Aufschwung herbeizuführen. So ist mit der Ausführung eines umfangreichen langjährigen Programms be-

gonnen worden, laut dem die alten Kautschukbäume durch neue, ergiebigere ersetzt werden sollen, die 4–5mal soviel Latex geben. Die Ölpalmpflanzungen werden ausgedehnt, denn die Nachfrage nach Palmöl nimmt ständig zu.

Dank dem raschen Anwachsen seiner Wirtschaft konnte Malaysia mit dem Pro-Kopf-Einkommen seiner Bevölkerung einen der ersten Plätze in Südostasien belegen. Auf Tempo und Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung wirkt sich jedoch die Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt aus.

Malaysias Bevölkerung besteht außer aus Malaien auch aus Chinesen und Indern, bedeutenden sozialen Gruppen, die im Land eine ansehnliche Rolle spielen.

Im Tal des Kinta wird Zinnerz gewaschen.

Foto aus der Zeitschrift „National Geographic“



Die Stammbevölkerung nennt sich Bumiputra, Kinder der Erde. Sie beträgt 55% der Landesbevölkerung. Aus mehreren Gründen leidet sie jedoch besondere Not. Die damit zusammenhängenden sozialen und politischen Probleme machen der Regierung andauernd Sorge. Man bemühte sich um ihre Lösung im ersten Planjahr (1965–1970), ebenso im zweiten (1971–1975), und sie nehmen viel Raum auch im dritten Fünfjahrplan (1976–1980) ein. Im Jahre 1969 wurde eine „neue Wirtschaftspolitik“ angekündigt, deren Schwerpunkt es ist, bis 1990 die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den drei Landesgemeinden auszugleichen, eine Beteiligung der Bumiputra an den wichtigsten Produktionszweigen zu fördern und die Positionen des Auslandskapitals allmählich zu schwächen, das jetzt etwa 60% der Wirtschaft Malaysias in der Hand hat.

Somit werden die sozialen Probleme durch nationale Unterschiede erschwert, die die Gegensätze zwischen den Bevölkerungsschichten auf die Spitze treiben. Ministerpräsident Hussein Onn mußte folgendes zugeben: „Das Ziel, das sich das Land gesteckt hat, ist noch nicht erreicht. Viele leiden noch Not.“ Er stellte Mißstände bei der Entwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Bildungswesen fest.

Nach Ansicht der Regierung hängt ein Beheben der Schwierigkeiten, namentlich eine Beschäftigung der 135 000 Arbeitslosen, unmittelbar mit der Lösung der nationalen Frage zusammen. Auch muß der Einfluß des Auslandskapitals erheblich eingeschränkt und muß auf eine wirtschaftliche Unabhängigkeit hingewirkt werden.

Die Touristen aus dem ehemaligen „Mutterland“ und den USA merken natürlich nichts von diesen Sorgen der Republik. Sie sehen den zierlichen Bau des 17stöckigen Parlamentsgebäudes, die Hauptmoschee mit ihren Marmorsäulen und Brunnen und das Nationalmuseum. Man führt sie in die chinesische Pagode und den indischen Tempel, fährt sie mit Rikschas durch die Winkelgassen der Chinastadt und setzt ihnen exotische Früchte vor.

Malaysia, das Land in den Tropen, trägt seine Wunden aus der schweren Vergangenheit nicht zur Schau und hofft auf bessere Zeiten.

Kuala Lumpur—Moskau

UNRUHIGER SÜDEN

„Die Diplomaten meinen, es gäbe eine ebenso große Wahrscheinlichkeit dafür wie dagegen, daß die Israelis schnell die Grenze überqueren und südlbanesisches Territorium betreten werden „im Kampf gegen die PLO-Partisanen ... unter dem Vorwand, die libanesischen Christen zu schützen“, behauptete die **Washington Post** am 22. August. Leider entbehrt diese Behauptung nicht einer realen Grundlage.

Der israelische Regierungschef Begin gab am 8. August zum ersten Mal ohne diplomatische Tricks bekannt, daß die Truppen Tel Avivs tatsächlich libanesisches Territorium mit Artillerie beschießen. Diese Erklärung erfolgte zu einer Zeit, da sich die Lage in den Grenzgebieten Südlibanons erneut verschärft hat.

Nach Meldungen der Nachrichtenagenturen waren im August bedeutende israelische Truppenkonzentrierungen in den Grenzgebieten zu Libanon zu verzeichnen. Dort tauchten neue große Panzerverbände und mechanisierte Einheiten auf. Eine Verstärkung des Artillerie- und Raketenbeschusses der Positionen der libanesischen nationalpatriotischen Kräfte und der Trupps der palästinensischen Widerstandsbewegung wurde konstatiert. Mitte August unternahm die israelische Infanterie, unterstützt von Panzern und Artillerie, Operationen auf libanesischem Territorium im Raum von Yarin, Marjeyoun und im Zentralabschnitt. Am 25. August beschoß die israelische Artillerie Positionen der nationalpatriotischen Kräfte und des palästinensischen Widerstandes bei den Ortschaften Al-Hiyam, Ibl Saki und Balat.

Bezeichnenderweise brachte die israelische Zeitung **Yediot Achronot** kürzlich eine provokatorische Meldung, in der es hieß, die Führung der phalangistischen Verbände habe von der Regierung Begin eine „entschiedenere Einmischung Israels in Südlibanon“ verlangt, da die jetzige „Hilfe“ unzureichend sei.

Politische Beobachter betonen, daß die Lage in Südlibanon sozusagen die Situation im ganzen Nahen Osten widerspiegelt. Wie die **New York Times** schrieb, sind die dortigen Ereignisse eine „Wiederholung des größeren arabisch-israelischen Konfliktes in

kleinerem Maßstab“. Doch vor allem hängen sie natürlich mit der Lage in Libanon selbst zusammen. Es handelt sich um offenkundige Versuche, die Stabilisierung und Normalisierung im Lande zu vereiteln. Bisher wurden nicht alle Bestimmungen des Programms realisiert, das im Juli von Vertretern Libanons, Syriens und der PLO auf der Konferenz von Chfoura angenommen wurde. Dort hatte man sich auf Schritte geeinigt, um das Kairoer Abkommen von 1969 voll zu verwirklichen, das den Aufenthalt der palästinensischen Widerstandsbewegung in Libanon regelt.

Die Führung des palästinensischen Widerstandes befahl ihren bewaffneten Trupps im Süden, den Waffenstillstandsbeschluß zu erfüllen und keine Handlungen zuzulassen, die die Lage komplizieren. Die Normalisierungsbestrebungen wurden von den libanesischen nationalpatriotischen Kräften unterstützt, doch imperialistische und reaktionäre Kreise, vor allem Israel, wollen diese Schritte ganz offen vereiteln. Damit hängen auch Meldungen zusammen, eine Intervention israelischer Truppen stehe bevor.

Bei einem kürzlichen Treffen der Außenminister Libanons und Syriens unter Teilnahme des Generalstabschefs der syrischen Armee, Al-Shehaby, des Oberkommandierenden der libanesischen Streitkräfte, Khouri, und des Befehlshabers der panarabischen Sicherheitskräfte in Libanon, Hadyba, kamen besonders die ununterbrochenen militärischen Provokationen Israels zur Sprache. Ein Plan wurde erörtert, um einer eventuellen israelischen Intervention entgegenzutreten.

Und wie reagiert man auf Israels Handlungen in Washington? Ein Sprecher des State Department erklärte kürzlich zum Einsatz amerikanischer Waffen in Südlibanon: „Die USA sind zum Schluß gekommen, daß ein derartiger Einsatz keine Verletzung eines Gesetzes oder Abkommens zwischen den USA und Israel darstelle.“ Er fügte hinzu, daß Israel, wenn es „seine eigenen Waffen“ an die libanesischen Rechtskräfte weitergibt, gleichfalls nicht das amerikanisch-israelische Abkommen verletzt. So stärkt Washington Tel Aviv bei seinen Provokationen den Rücken.

J. TJUNKOW

NZ

STREIFLICHTER

LIBYEN—ÄGYPTEN

Am 28. August fand in Al-Salum an der ägyptisch-libyschen Grenze ein Treffen zwischen Vertretern beider Staaten statt. Es war durch Vermittlung des PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat zustande gekommen, der gleichfalls teilnahm. Die ägyptische Delegation wurde von Außenminister Mahmoud Riad, die libysche vom Sekretär des Obersten Verbindungskomitees, Taha Sherif Ben Amer, geleitet. Fragen wurden erörtert, die mit den kürzlichen bewaffneten Zusammenstößen zwischen beiden Ländern im Zusammenhang stehen. Wie Arafat erklärte, soll das Treffen alle entstandenen Differenzen im Interesse der arabischen Nation beilegen.

GROSSBRITANNIEN

In der Nacht vom 25. auf den 26. August begannen 850 Fluglotsenassistenten der großen Londoner Flughäfen Heathrow, Gatwick und Luton einen viertägigen Proteststreik gegen die Weigerung der Zivilluftfahrtverwaltung, die Lohnvereinbarungen, die schon vor zwei Jahren erreicht wurden, vollständig zu erfüllen. Zur Begründung verweist die Luftfahrtverwaltung auf den derzeitigen „Sozialkontrakt“ der Regierung, der von den Gewerkschaftsführern gebilligt wurde. Er begrenzt stark die Lohnerhöhungen, obgleich die Preise allein in einem Jahr um 18% gestiegen sind.

Dem Streik gingen 8 Tage „Dienst nach Vorschrift“ voraus, eine Art Bummelstreik, bei dem sich die Fluglotsenassistenten u. a. weigerten, die Computer zu bedienen. Den Ausstand erklärten sie, nachdem das Arbeitsministerium am 24. August kategorisch einen Kompromiß abgelehnt hatte. Auf den Flughäfen herrschen chaotische Zustände, Hunderte von Flügen werden abgesetzt.

„Für die Fortsetzung der Politik der Entspannung, für die Sicherung des Friedens durch effektive Maßnahmen zur Abrüstung einzutreten“: Dieser Aufruf von 28 kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt drückt die Bestrebungen aller Menschen guten Willen aus, die über die neuen Pentagon-Pläne entrüstet sind. Die Absicht, mit der Produktion von Neutronenbomben zu beginnen und die NATO-Truppen damit auszurüsten, hat eine Protestwelle in der ganzen Welt ausgelöst. Europa nimmt in dieser Kampagne der Öffentlichkeit einen besonderen Platz ein, denn der neue gefährliche Plan betrifft es unmittelbar.

Die Bombe gegen Europa

Lew BESYMENSKI

Die USA-Pläne zur Produktion der Neutronenbombe haben die Weltöffentlichkeit zweifellos aufgerüttelt. In diesem Sinne hat die Neutronenbombe die gleiche Wirkung ausgeübt wie ihre nuklearen Vorgängerinnen. Aber der neue Pentagon-Plan weist eine Spezifik auf, die die gegenwärtige heftige internationale Diskussion zutage gefördert hat.

Der „Druckknopfkrieg“

Das militaristische Denken des 20. Jahrhunderts (ein solches Denken gibt es leider!) hat einen Anpassungsprozeß durchgemacht. Er setzte in den 20er Jahren ein, als sich Europa vom Schock des ersten Weltkriegs noch nicht erholt hatte. Die Millionen Opfer, die kolossalen Zerstörungen, das Anwachsen der Antikriegsstimmungen konnten natürlich auch für diejenigen, die Aggressionen zu ihrem Beruf gemacht hatten, nicht unbemerkt bleiben. Sie mußten sich anpassen, und so kamen neue Konzeptionen auf, um die Menschheit unter den neuen Verhältnissen mit dem Gedanken an die Unvermeidlichkeit von Kriegen „anzufreunden“.

Die Urheber der neuen Konzeptionen von „Luftkriegen“, „Panzerkriegen“ usw. trösteten Europa: Nein, der neue Krieg werde nicht so lange dauern und nicht solche Opfer fordern. Erstens werde man die Millionenarmeen nicht mehr brauchen, vielmehr nur einige tausend Berufssoldaten von höchster technischer Qualifikation. Zweitens würden die Kriege kurz sein. Der italienische General Douhet versprach, den Weltkrieg in ein 8tägiges Luftgefecht zu verwandeln — so und nicht anders schloß sein Buch „Wie der große Krieg endete“.

Panzergenerale ihrerseits rechneten mit Schlachten, in denen der eine gepanzerte Koloß den anderen zermalmen würde. Der bekannte britische Militärtheoretiker Gene-

ral Fuller malte das idyllische Bild eines Krieges aus, den nicht Armeen führen würden, sondern „ein Mann, der fähig ist, auf einen Knopf zu drücken ... und so Maschinen in Gang zu setzen, die die besten Wissenschaftlerköpfe zu Friedenszeiten erfunden haben“.

Der zweite Weltkrieg machte diese Illusionen zunichte und mit dem pseudowissenschaftlichen Betrug an der Menschheit Schluß. Er hat noch mehr Menschen, darunter aus der Zivilbevölkerung, dahingerafft. Der totale Krieg von Hitler und Goebbels führte zur systematischen Vernichtung von Millionen Menschen. Wer weiß, wie er ohne die UdSSR ausgegangen wäre. Die amerikanische „Atomapotheose“ in Hiroshima und Nagasaki war eine erneute fürchterliche Mahnung: Die Perfektionierung der Kriegstechnik bewirkt eine unablässige Erweiterung der Vernichtungsausmaße, bis zur Bedrohung der Existenz des Menschengeschlechts.

Es gibt jedoch keine Lüge, die die sozialen Kräfte, für die der Krieg nur Mittel zur Erreichung ihrer Ziele ist, nicht benutzt (bzw. nicht nachgeplappert) hätten. Besonders deutlich ist das heute, da sich die beiden Systeme gegenüberstehen. William Schlam, ein Wortführer des Antikommunismus, schrieb in unverkennbarer Verzweiflung, daß „der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will“. Und der Kapitalismus? Die Antwort drängt sich geradezu auf, ...

Nicht zufällig brachte die Nachkriegszeit eine neue Woge pseudowissenschaftlicher Werke hervor, in denen der Menschheit eingeflößt wurde: Keine Angst vor dem Krieg, und sei es ein thermonuklearer! Walter Dornberger, unter Hitler Fachmann für Raketentechnik und nach dem Krieg Vizepräsident der amerikanischen Raketenbaufirma Bell Aircraft, schlug vor, den Kernkrieg von der Erde in den Weltraum

zu verlegen, was nicht unbedingt eine Kriegführung auf der Erde bedeute. Die Fortsetzung war die Idee des „Satellitenkriegs“, in dem nur Raumschiffe zum Einsatz kämen, während die Menschheit das Publikum sei. Und schließlich das Neueste: der „Raketenkrieg“, in dem der Mensch nur auf die Auslöseknöpfe zu drücken brauche (wie hätte sich der selige General Fuller gefreut!). Gegen Raketen würden Gegenraketen und gegen diese Gegengegenraketen starten etc.

Der Aspekt Europa

Kehren wir aber aus der Welt von Fiktionen in die Welt der Gegenwart, vor allem in das Europa von heute zurück. Der allgemeine militärisch-ideologische Hintergrund, der den Militarismus schon seit den 20er Jahren zwang, seine Absichten zu tarnen, hat jetzt neue Züge und besondere Schärfe gewonnen.

Zweifellos alarmierte die in den 50er Jahren entstandene Gefahr eines Kernkriegs alle Kontinente. Aber Europa hatte besondere Gründe, besorgt zu sein.

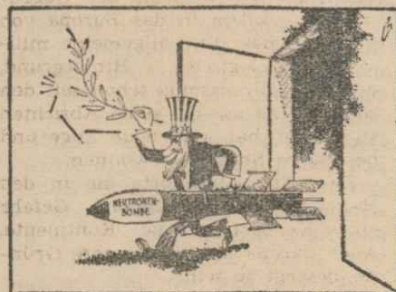
Wenn jemand, so begriffen die Europäer, womit der neue Krieg drohte. Nicht nur die sozialistische Welt und die fortschrittlichen Politiker des Westens, sondern auch respektable bürgerliche Denker begreifen, wie verhängnisvoll seine Folgen wären. Nur ein Beispiel. Im Jahre 1971 erschien in der Bundesrepublik die kapitale Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“, die unter Leitung von Prof. von Weizsäcker entstand. Anhand genauer mathematischer Angaben begründeten die Forscher ihren Schluß: Ein Kernwaffeneinsatz wird Westeuropa insgesamt und die Bundesrepublik insbesondere zur „nuklearen Selbstvernichtung“ führen.

Die Erkenntnis dieser Gefahr war einer der Gründe für die wichtige politische Entwicklung, dank der Europa Anfang der 70er Jahre in den Mittelpunkt der positiven Wandlungen rückte.

Früher als in anderen Weltteilen entstand hier das System der auf Zusammenarbeit beruhenden Beziehungen und der Abwendung der Kriegsgefahr. Eindrucksvoll wurde das durch die historische Helsinki-Konferenz demonstriert. Auch auf militärischem Gebiet deuteten sich Veränderungen an: 1973 begannen die Verhandlungen über den Abbau von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa.

Daß eine solche Entwicklung den Militaristen beiderseits des Atlantik nicht paßt, braucht wohl nicht gesagt zu werden. Der Brennpunkt dieser „Ungehaltenheit“ war die NATO, ihre Triebkraft nach wie vor das Pentagon. Dort konnte man nicht vergessen, daß die Entspannung bei vielen Menschen, auch in den USA, die „Vorwärtsstrategie“ bezweifeln ließ, die Westeuropa zu einem US-Schießplatz machte.

Und da hatten die Pentagon-Archimedes eine Erleuchtung: Es gibt ein Mittel, die westeuropäische Öffentlichkeit mit den Kernwaffen auszusöhnen, und dieses Mittel heißt Neutronenbombe. Es ist voll-



Aus „Horizont“ (DDR)

bracht, die neue Waffe verursacht keine Zerstörungen!

Die Neutronenbombe ist zweifelsohne für den Einsatz in Westeuropa bestimmt. Wo sonst sind Gebäude so stark konzentriert, um die die N-Bomben-Strategen so besorgt sind? Die *New York Times* schrieb denn auch unumwunden: „Das Argument zugunsten der Neutronenbombe lautet: Sie ist eine ‚saubere‘ Waffe und wird Kirchen, Häuser und Fabriken in Westeuropa heillassen.“ Allerdings fügt der Autor des Artikels hinzu: „Dieses Argument enthält einen einzigen Fehler, nämlich die Annahme, daß wir die heute bestehenden Kernwaffen in Europa aus Pietät vor den Gebäuden und anderen Werten von London, Bonn, Paris, Rom und Athen nicht einsetzen würden. Unsinn!“ Beim Pentagon ist Pietät nun wirklich Fehlangelegenheit — der Vietnamkrieg hat das eindeutig bewiesen. Davon weiß man in Westeuropa und protestiert gegen den nuklearen Wahnsinn.

Schließlich zeugen die Umstände, unter denen die Neutronenbombe auf den internationalen Plan getreten ist, von ihrer vorwiegend „europäischen“ Bestimmung. Das US-Verteidigungsministerium erläuterte wiederholt, die Neutronenspreng-

köpfe seien für die Lance-Raketen bestimmt, mit denen die NATO-Truppen in Europa ausgerüstet sind. Der Aktionsradius dieser Raketen beträgt 120 km, und natürlich ist es nicht Sache einer amerikanischen Abteilung in Connecticut oder Georgia, eine Neutronenladung einzusetzen. Nein, das ist etwas für die in Westeuropa stationierten Abteilungen. In Frage kommen da auch Bundeswehrverbände, die bald eine amerikanische 203-mm-Haubitze für Neutronenladungen erhalten sollen.

Die N-Bombe-Erfinder preisen deren weiteren Vorzug, der für die Realisierung der NATO-„Vorwärtsstrategie“ besonders wichtig sei: Sie hinterlasse auf dem Schlachtfeld nicht eine solche Radioaktivität wie die „schmutzige“ Bombe. Sobald die Leichen weggeschafft seien, könne man unbehindert weiter vorrücken.

Dieser „Vorzug“ offenbart die nächste Stufe moralischen Verfalls des modernen Militarismus. Es stimmt, die Neutronenbombe schont die Gebäude, keineswegs aber die Menschen. Sie löst eine konzentrierte, aber verzögerte Radioaktivität aus. Selbst wenn der Soldat eine gefährliche Strahlungsdosis abbekommt, merkt er nichts. Die Perfidie der Neutronenbombe besteht darin, daß sie, wie sich ein Wissenschaftler ausdrückte, dem „Verurteilten eine Galgenfrist gewährt“, bisweilen von 3–4 Wochen. Das ergibt ein apokalyptisches Bild: Die Menschen atmen, denken und bewegen sich noch, sind aber schon lebende Leichen, dem Untergang geweiht. Herbert Scoville, der frühere Stellvertretende CIA-Direktor, schrieb zu Recht: „Man sagt, es sei eine humane Bombe, aber human ist sie allenfalls zu Gebäuden.“

Die Rolle der NATO

Der Spiegel meint: „Die N-Bombe ist für den Einsatz in Mitteleuropa ... konzipiert.“ Demnach ist auch die Rolle der NATO in dieser ganzen unheimlichen Geschichte klar. Die neue Waffe ist ja den NATO-Truppen in Westeuropa zugedacht und soll von ihnen eingesetzt werden.

Manche westeuropäische Politiker streiten zwar ab, daß die NATO an der Ausarbeitung der neuen Pläne beteiligt war, aber Tatsachen besagen etwas anderes. Pressemeldungen zufolge befaßte sich die Nukleare Planungsgruppe der NATO seit 1973 fast auf jeder Sitzung mit einer neuen Waffe, die unter den Decknamen „Mini-Ladungen“ bzw. „To-

desstrahlen“ lief. Sie rief keine Einwände hervor, auch nicht bei der Bundeswehr. Die *New York Times* schrieb am 8. Juli: „Die Standortverteilung dieser Munition wurde auf den vertraulichen Sitzungen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO, die zweimal im Jahr stattfinden, diskutiert und entschieden.“

Westeuropäer selbst äußerten sich anders. So erklärte Bundeskanzler Schmidt, noch lägen keinerlei militärische oder politische Entscheidungen für die ganze Nordatlantikunion vor. Ähnliches erklärten auch Politiker anderer NATO-Länder.

Wenn dem so ist, sehen sich die westeuropäischen Regierungen einer überaus verantwortlichen Entscheidung gegenüber. Es geht ja nicht um eine „technische Neuheit“, sondern um die grundsätzliche Einstellung zur Zukunft Westeuropas. Wird dieses den Anstoß zu einer neuen Runde im Wettrüsten mitmachen, oder aber den Vormarsch zur Entspannung fortsetzen? Zudem liegt es auf der Hand, daß die bevorstehende Neuausrüstung der Land- und der Luftstreitkräfte den NATO-Staaten neue Finanzlasten auferlegen wird.

Kein Wunder, daß NATO-Generalsekretär Luns seine Rede am 26. August in Reykjavik vorsichtiger als sonst formulierte und sagte, die Verbreitung der neuen Bombe müsse Gegenstand von Konsultationen zwischen den Alliierten sein. Und doch versäumte er nicht die Gelegenheit, die neue Waffe zu preisen, die die Kernkriegsgefahr vermindere.

Gerade diese Behauptung wird jedoch von maßgeblichen westeuropäischen Experten kategorisch widerlegt. So meint der bekannte westdeutsche Wissenschaftler Horst Afheldt, all das Gerede von der sich ergebenden „militärischen Überlegenheit“ der NATO beruhe auf einem Irrtum. Er schreibt: „Nukleare Zerstörungsmittel als militärische Mittel auf unserem Territorium einzusetzen kann daher kein Ausweg aus dem Dilemma unserer Sicherheitspolitik sein. Daß vom amerikanischen Standpunkt aus das Urteil anders lauten könnte, macht die Gefahr deutlich, die solche Konzepte für den Zusammenhalt des Bündnisses darstellen.“

Anders ausgedrückt, wird die neue Waffe zu einer neuen Abwandlung der alten amerikanischen NATO-Politik unter dem primitiven, aber einleuchtenden Motto: „Not our Boys!“ Vor einer solchen Aussicht graute Westeuropa in den Jahren des Dul-

lesschen Balancierens „am Rande des Krieges“. Noch weniger anziehend ist sie heute, da sich Europa die realen Perspektiven der friedlichen Koexistenz bieten.

Politischer Schaden

Die Militärs streiten hin und her, indessen hat der Plan bereits eine unbestreitbare Folge. Wie der FAZ-Militärexperte Adelbert Weinstein offen schrieb: „Die Neutronenbombe ist eine politische Waffe.“

In der Tat fügt die N-Bombe Europa gewaltigen politischen Schaden zu. Recht hatte MdB Karl-Heinz Hansen, als er sagte, die „saubere“ Pentagon-Bombe könne das Spannungsklima in Europa verschmutzen. Europa bereitet sich auf das Belgrader Treffen vor, ihm wird indessen eine Waffe aufgezwungen, von der nicht einmal die zynischsten Propagandisten des Westens behaupten können, sie entspräche dem Geist und Buchstaben von Helsinki.

Auch für die Verhandlungen über den Abbau von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa könnte sich eine neue Situation ergeben. Der USA-Plan betrifft ja Mitteleuropa aufs direkteste. Wiederholt haben die sozialistischen Länder den Westen aufgefordert, keine neuen Massenvernichtungswaffen zu entwickeln und auf dem Boden jenes Gleichgewichts zu bleiben, das sich zwischen den beiden militärischen Gruppierungen herausgebildet hat. Ist der Westen auf diesem Ohr taub?

Was die eventuellen politischen Konsequenzen angeht, so schreibt Theo Sommer, Chefredakteur der Zeitung *Die Zeit*, nicht ohne Grund warnend: Der amerikanische Plan könnte „selbst die zaghaften Ansätze zur kooperativen Rüstungssteuerung, die sich in den vergangenen Jahren herausgebildet haben, wieder zunichte werden“ lassen. Die britische *Sunday Times* stellte ihrerseits fest: „Der Westen, insbesondere Westeuropa, kann ohne die Neutronenbombe auskommen... Welche militärischen Vorteile sie auch bringt, sie werden durch das Anwachsen der politischen Spannungen zunichte gemacht, die ihr Aufkommen in die Ost-West-Beziehungen hineinzutragen scheint.“

Ja, die Neutronenbombe ist für, aber vor allem gegen Europa bestimmt. Doch sollten sich die Militaristen aus dem Pentagon nicht allzu sicher wähnen: Europa läßt sich von dem in Helsinki gewiesenen Weg nicht so leicht abbringen. ■

BRD

EXPLOSION AUF DEM MÜNSTERPLATZ

Ich befand mich im Epizentrum, wie aus dem Stadtplan an dem Stand zu ersehen war. Auf Bonns Münsterplatz herrschte eine Hitze von 30°. Menschen mit Plastiktüten eilten am Beethovendenkmal vorbei zu Hertie oder in den Kaufhof mit ihren Klimaanlage. Andere suchten Schutz in einer Kühle spendenden Kirche.

All das — die Warenhäuser, die Kirche und der bronzene Beethoven — würde unbeschädigt bleiben, nur die Menschen kämen ums Leben, wenn auf dem Münsterplatz eine Neutronenbombe, die letzte Neuheit der US-Militärtechnik, explodierte. Auf dem Plan Bonns waren konzentrische Kreise eingetragen, die aufzeigten, in welcher Zone die Opfer sofort tot sind und wo sie noch einige Tage leben und dann einen qualvollen Tod sterben würden.

Es war am 6. August, am Jahrestag der Tragödie von Hiroshima. Der Plan hing an einem Stand, den

junge Kriegsgegner, Aktivisten des bundesdeutschen Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, aufgestellt hatten. An einem Tisch daneben saß eine junge Frau, die den Passanten einen „Appell Bonner Bürger: Stoppt die Neutronenbombe!“ vorlegte und Unterschriften sammelte.

An diesem Tag fanden in vielen Städten der Bundesrepublik Demonstrationen gegen den Atomtod statt, gegen die Entwicklung der neuen Massenvernichtungswaffe. Doch das Fernsehen, das ausführlich über Unfälle und lange Schlangen auf den Autobahnen berichtete, schwieg sich über diese Aktionen aus. Auch den meisten Zeitungen war nichts zu entnehmen. Der Grund war, daß sich auch Kommunisten aktiv an den Demonstrationen beteiligten — für die bürgerliche Presse reichte das, um so wichtige Aktionen zu übergehen.

Doch das eigentliche Problem konnte nicht verschwiegen werden.

SCHWEDEN

ZYNISMUS DER NEUTRONENBOMBENVERFECHTER

Washingtons Absicht, Neutronenbomben in Westeuropa zu stationieren, hat eine Protestwelle bei politischen und gesellschaftlichen Organisationen Schwedens ausgelöst. Die kommunistischen Zeitungen *Ny Dag* und *Norskensflamman* prangerten entschieden die Pläne des Weißen Hauses an.

Die un menschlichen Absichten Washingtons wurden auch von der sozialdemokratischen und liberalen Presse verurteilt. Die größte Zeitung Nordeuropas, *Dagens Nyheter*, schrieb: „Carter's Interesse an der Entwicklung der Neutronenbombe steht in direktem Widerspruch zum Streben nach einer wahren Abrüstung, das der Präsident als sein wichtigstes außenpolitisches Ziel ausgeben wollte.“

Der Chefredakteur der einflußreichen

Gewerkschaftszeitung *Aftonbladet* Gunnar Fredriksson schlug in dem Artikel „Auf dem Weg zum Selbstmord“ vor, ein Komitee zu bilden, das den Kampf gegen die Neutronenbombe organisieren soll, und unverzüglich eine Kampagne gegen die neue Waffenart einzuleiten.

Die bekannte Politikerin und Diplomatin Alva Myrdal, die viele Jahre die schwedische Delegation bei den Abrüstungsverhandlungen leitete, nannte die Neutronenbombe die „höllischste Form taktischer Kernwaffen“.

Viele Gewerkschaftsorganisationen und christliche Gemeinschaften richteten Protestbriefe an die US-Botschaft in Stockholm und an das Weiße Haus mit der Forderung, die Pläne für die Produktion der Neutronenbombe aufzuge-



Düsseldorf. So werden Unterschriften für den Appell an Präsident Carter gesammelt, auf die Produktion von Neutronenwaffen zu verzichten.

Foto TASS

Zu ernst ist die Perspektive, daß in der Bundesrepublik — und alle verstehen, daß gerade davon die Rede ist — neue Todeswaffen zusätzlich zu den 7000 US-Atomsprenkköpfen stationiert werden können. Die Nachricht von der Ent-

wicklung der Neutronenbombe wühlte alle gesellschaftlichen und politischen Kreise der Bundesrepublik auf.

Bundeskanzler Helmut Schmidt betonte, daß die Neutronenbombenpläne große psychologische und strategische Probleme in der NATO wie in den Beziehungen zu den Warschauer Paktstaaten schaffen.

In dieser Diskussion sind die Meinungen geteilt, und das nicht immer entsprechend den Grenzen der Parteien und politischen Kreise.

Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Georg Leber gab eine „beruhigende“ Erklärung ab (wenn der Beschluß, diese Bombe zu produzieren, auch angenommen werde, dann nur nach eingehendster Diskussion mit der Bundesregierung), während der SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr die neue Waffe als ein „Symbol der Perversion des Denkens“ bezeichnete. Die CSU von Franz Josef Strauß „begrüßte die Neutronenbombe“, doch Walter Kiep, Mitglied des CDU-Vorstandes, warnte in einem Interview vor „Verharmlosungstendenzen“. „Der bisher undenkbar atomare Krieg könnte denkbarer werden“, erklärte er. Und als US-General Haig, NATO-Oberbefehlshaber in Europa, von einer „begeisterten Zustimmung“ der Westeuropäer zu der neuen Waffe sprach, äußerte sich der bundesdeutsche General a. D. Steinhoff, der noch vor kurzem einen hohen NATO-Posten bekleidete, kategorisch gegen die Produktion der neuen Waffe.

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Hans-Jürgen Wischnewski, sagte mir:

„Es gibt in der Welt viel Waffen, die ich für schrecklich halte. Deshalb steht es für mich im Vordergrund, daß es hoffentlich erfolgreiche Verhandlungen gibt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über den SALT II, erfolgreiche Verhandlungen in Wien über die Reduzierung der Waffen und Streitkräfte in Europa, aber auch bei den Vereinten Nationen. Es ist notwendig, daß alle Beteiligten darum bemüht sind, hier zu Erfolg zu kommen. Und ich hoffe in dem Zusammenhang, daß der Besuch von Herrn Generalsekretär Breschnew in der Bundesrepublik auch dazu dienen kann, insbesondere den Wiener Verhandlungen... einen neuen politischen Anstoß zu geben und auf diese Art und Weise einen Schritt nach vorne zu machen.“

Die Skala der Meinungen ist breit. Die Neutronenbombe werde die Welt verändern — das meinte der senile Verleger der *Bunten Illustrierten*, Franz Burda. Er ist der Auffassung, daß durch die Neutronenbombe die Angst vor dem Ruf „Die Russen kommen!“ verschwinde. Riesige Panzerverbände, die von der DDR aus die Bundesrepublik überrollten, könnten nicht mehr Wirklichkeit werden. Sie würden von der Neutronenbombe vernichtet. So könnte die Todesbombe zu einem Garanten des Friedens werden.

Eine solche Mischung von politischem Verfall und biologischem Antikommunismus übertrifft sogar derartiges aus der Zeit des kalten Krieges.

Doch Burda wurde noch vom erzkonservativen Literaten Hans Habe übertroffen. Er stellte allen Ernstes die Frage (wenn bei der Bombardierung von Dresden nur die 35 000 Menschen umgekommen wären): „Wäre es ... nicht doch etwas tröstlich gewesen, wenn eine der schönsten deutschen Städte erhalten geblieben wäre?“ Habes Artikel trägt die Überschrift: „Egon Bahr — der entlarvte Demagoge“. Er beschimpft den SPD-Bundesgeschäftsführer wegen seiner Kritik an der Neutronenbombe. Habes Hauptthese läuft darauf hinaus, die Argumente der Bombengegner würden nicht den Interessen Amerikas und seiner Verbündeten dienen, sondern allein den Interessen des Ostens. Eine irrsinnige These, doch in der heutigen Bundesrepublik greifen die Rechtskräfte nicht selten als Druckmittel zu ihr. Der Bevölkerung wird immer noch eingetrichtert, die „Roten“ seien an allem schuld. Und manches bleibt hängen.

„Die Öffentlichkeit unseres Landes hat sich über sehr viele politische Meinungsverschiedenheiten, auch über parteipolitische Differenzen hinweg, doch zum großen Teil eindeutig gegen die Neutronenbombe geäußert“, sagte mir in Köln der Sprecher des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Gunnar Matthiessen.

In der Bundesrepublik geht es heute darum, die Bevölkerung zu mobilisieren, um die politische Entspannung durch eine militärische zu ergänzen.

K. KARAGESIAN
Ständiger Berichterstatter

Bonn, im August

ben. Der Elektrikerverband rief die Regierung auf, sich mit einem Verbot der Neutronenbombe auf dem bevorstehenden Belgrader Treffen zu befassen, wenn dort die Sprache auf die Menschenrechte kommt. Zugleich werden Forderungen an die Regierung immer lauter, ihren Standpunkt zu dieser Frage deutlich zu äußern.

Vor dem Hintergrund dieser Massenkampagne nehmen sich die Pressestimmen z. B. des *Svenska Dagbladet* und des *Kvällsposten* als Dissonanz aus, die den Nachweis erbringen wollen, die Neutronenbombe solle „das Übergewicht des Ostens an Panzern ausgleichen“, die „nukleare Abschreckung optimal“ machen und sogar „zur Stabilität in Europa und in der ganzen Welt beitragen“.

Die Protestkampagne in Schweden wird stärker und erfaßt die verschiedenen Bevölkerungsschichten — so sehr sich die Verfechter der „sauberen Waffe“ auch ins Zeug legen mögen.

N. NEJLAND

Stockholm, den 29. August

EINREISEVERWEIGERUNG

Am 9. August hatte eine Gruppe sowjetischer Gewerkschafter in den USA eintreffen sollen, die vom amerikanischen Nationalkomitee gewerkschaftlicher Aktionen für Demokratie eingeladen waren. Doch daraus wurde nichts: Am 8. August verweigerten die US-Behörden den Delegationsmitgliedern die Einreisevisa. Als offensichtliches Ablenkungsmanöver nehmen sich Erklärungen von Vertretern des State Department aus, daß die Erteilung der Visa noch geprüft wird. Hierdurch will man die Aufmerksamkeit von der Verletzung der KSZE-Schlußakte durch Washington ablenken, in der sich die USA unter den 35 Unterzeichnerstaaten verpflichtet haben, zu einer Weiterentwicklung der Kontakte beizutragen, u. a. zwischen Nichtregierungs- und gesellschaftlichen Organisationen.

Wodurch erklärt sich dieser Schritt der US-Administration? Ist es die Zusammensetzung der Delegation? Der reaktionäre amerikanische Gewerkschaftsboß George Meany, der, wie das State Department eingestand, bei der Visaerteilung für Delegierte der sowjetischen Gewerkschaften seine Finger im Spiele hat, erklärte wiederholt, solche Delegationen würden nur deshalb nicht in die USA gelassen, weil ihnen Spitzenfunktionäre angehören. „Richtige Arbeiter“ aber würden mit offenen Armen empfangen werden.

Der sowjetischen Delegation, die die USA besuchen sollte, gehörten an: Viktor Shilowski, Hüttenwerker aus Saporošje, der 22 Jahre am Hochofen arbeitet; Andrej Gazenko, ein Kumpel aus dem Donezbecken, der vor 26 Jahren zum ersten Mal in die Grube einfuhr; Maria Sadowa, die an die 35 Jahre im Moskauer Lichatschow-Autowerk arbeitet und sich von einer einfachen Arbeiterin zum Meister qualifiziert hat, sowie Ludmila Semjonowa, die Dolmetscherin der Delegation, Lehrerin an einer Moskauer Schule.

Sind denn etwa das keine richtigen Arbeiter?

Die jetzige Visaverweigerung für sowjetische Gewerkschaftsaktivisten ist nicht die einzige. Vor nicht allzu langer Zeit ließ z. B. das State Department eine Delegation des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften sowie Delegationen der Gewerkschaften Maschinenbau, Kohlenindustrie und Han-

delsschiffahrt nicht in die USA. Hierbei erfolgte die letzte Visaverweigerung, nachdem der Kongreß letztlich eine Gesetzesvorlage angenommen und dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt hatte, die einen Abbau der Einreisebeschränkungen für Vertreter der Gewerkschaften aus der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten vorsieht.

Unterdessen besuchten die Sowjetunion — die von Washington bezichtigt wird, sie halte die Bestimmungen von Helsinki nicht ein — amerikanische Delegationen der Gewerkschaft der Fleischindustrie, der Vereinigten Gewerkschaft Automobilbau, des Vereinigten Gewerkschaftsrates von San Francisco und des Stahlwerkereineitsverbandes.

Die Führung des Nationalkomitees gewerkschaftlicher Aktionen für Demokratie verurteilte die Haltung der US-Administration, die weiterhin diskriminierende Hindernisse gegen eine Entwicklung der freundschaftlichen Kontakte zwischen den Arbeitern der USA und der Sowjetunion errichtet.

Wie es in einer Erklärung des sowjetischen Außenministeriums an die US-Botschaft heißt, steht der Beschluß des State Department in direktem Widerspruch zum bestehenden Abkommen über Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA wie zur KSZE-Schlußakte.

B. TSCHETCHONIN

IM NATO-PLANSPIEL

Kürzlich beantragte der ständige Vertreter Zyperns bei der UNO, Zenon Rossides, beim Vorsitzenden des UNO-Sicherheitsrates, eine Sondersitzung wegen der Zuspitzung der Lage auf der Insel einzuberufen.

Die Spannungen auf Zypern entstanden in den letzten Jahren wiederholt durch Intrigen von Feinden der Inselrepublik und vor allem der imperialistischen NATO-Kreise, die Zypern in ihrem Planspiel zu einem „unversenkbaren Flugzeugträger“ des Westens machen wollen. Doch die jetzige Situation hat auch ihre Besonderheiten.

Vor allem hoffen die Feinde der Republik, den Tod von Präsident Makarios auszunutzen, um die griechische Volksgruppe zu spalten. Doch

die NATO-Militärs haben sich verrechnet. Alle vier Parteien der griechischen Gemeinde nominieren einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten — den Parlamentsvorsitzenden Spyros Kyprianou, der die Politik des verstorbenen Staatsoberhauptes mit Festigkeit weiterverfolgen will.

Daraufhin beschlossen die NATO-Militärs, ein erprobtes Werkzeug der Imperialisten erneut einzusetzen — den Hader zwischen den Volksgruppen. Zwischen der griechischen und der türkischen Gemeinde gibt es bekanntlich schon seit langem Differenzen. Doch man weiß auch, daß die NATO-Strategen jedes Mal, wenn sich die Lage auf Zypern zuspitzte, zu offenen und versteckten Provokationen griffen und eine krasse Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Inselgriechen und den Inseltürken bewirkten — so auch diesmal. Der Generalsekretär der Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns, Ezekias Papaioannou, betonte dieser Tage: „Die Widersprüche zwischen der griechischen und der türkischen Volksgruppe werden künstlich angeheizt, um der imperialistischen Verschwörung, die Zypern zu einem Luftwaffen- und Raketenstützpunkt der USA und der NATO machen soll, ein legales Mäntelchen umzuhängen.“

Die Patrioten meinen, daß es an der Zeit ist, praktische Schritte zu tun, um die Zypernresolutionen der UNO zu erfüllen, eine Übereinkunft über den Abzug aller türkischen Truppen und aller ausländischen Soldaten zu erreichen sowie den Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen.

Imperialistische Kreise versuchen eine NATO-genehme Lösung der Zypernfrage durchzudrücken und dem internationalen Ansehen der Republik Abbruch zu tun. Die sozialistischen Länder und alle wahren Freunde Zyperns treten entschieden für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Inselrepublik und für ihre Politik der Blockfreiheit ein, für den Abzug aller ausländischen Truppen und dafür, daß der griechischen wie der türkischen Volksgruppe das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wird.

V. TSCHERNJAWSKI

„NEUE ZEIT“ 36-77

Die Maske ist gefallen

Das FBI ist für seine Skandale berüchtigt. Auf sein Konto kommen das weitverbreitete Abhören von Telefongesprächen, Einbrüche in Privatwohnungen, Diebstähle von Dokumenten und ähnliches. Das FBI hält nach wie vor Millionen „freie“ Bürger des „freien Amerika“ unter ständiger Überwachung. Unzählige Fälle von Korruption im FBI und von Kontakten seiner Agenten mit Verbrechern sind bekannt. Viele schmutzige Geschäfte sind eng mit dem Namen Edgar Hoover verbunden. Fast ein halbes Jahrhundert leitete er das allmächtige FBI. Auch nach Hoovers Tod spukt sein Geist in dieser Bundesbehörde.

Wir mußten uns im Zusammenhang damit, daß in Washington jetzt der neue FBI-Chef formell bestätigt wird, an all das erinnern. Ausserkoren ist der vorsitzende Richter am Bundesdistriktsgericht im Staat Alabama, Frank Johnson. In einer offiziellen Erklärung des Weißen Hauses wird er über den grünen Klee gelobt. Johnson soll zu den Bürgerrechtskämpfern gehören und bemüht gewesen sein, die Emanzipationsbewegung der Frauen zu unterstützen...

Doch Frank Johnson mußte die Maske fallen lassen. Frei heraus erklärte er:

„Ich hoffe, Edgar Hoover ebenbürtig zu werden.“

W. ALEXANDROW

VORFRISTIG

Kürzlich gab der chilenische Juntachef Pinochet den Plan für eine „allmähliche Institutionalisierung“ bekannt, nach dem das Andenland in drei Etappen eine „gewählte Regierung“ bekommen soll. Allerdings ist das für 1990 geplant und nicht ausgeschlossen ist, daß Pinochet erneut, diesmal „demokratisch gewählter“ Präsident wird. Zudem erklärte der Juntachef, er wolle in den wiederaufgebauten Präsidentenpalast La Moneda umziehen. Und das ist, wie die New York Times schrieb, „eines von vielen Zeichen dafür, daß er für lange Zeit Präsident bleiben will“. Nichtsdestoweniger sind manche Chilenen wirklich auf den Leim gegangen und fingen an zu glauben, es wehe ein „neuer Wind“. In Santiago kamen Gerüchte auf, am 11. September d. J. werde der Ausnahmezustand aufgehoben. Um diese Illusionen zu zerstreuen, gab Juntamitglied General Leigh eine besondere Erklärung ab. Wenn man den Ausnahmezustand aufhebe, sagte er, dann bedeute das eine Rückkehr zu einer „konventionellen Demokratie“, das aber sei vorfristig.

Da also eine „konventionelle Demokratie“ vorzeitig ist, braucht die Junta nur eine „Demokratie“ à la Pinochet — und die hält sich nur auf den Bajonetten und auf der berüchtigten DINA, wenn auch mit neuem Aushängeschild.

A. SMIRNOW

11-MINUTEN-SHOW

„Red Flag“ — so nennt das Pentagon ein Manöver, an dem diese beiden US-Militärangehörigen teilnehmen.

Fast zwei Jahre erproben Flieger der U.S. Airforce Tag und Nacht im Staate Nevada die verschiedensten

Methoden, um einen Schlag des „Aggressors“ abzuwehren. Auf dem Flugfeld stehen Maschinen vom Typ F 4, B 52, F 111, A 7 und F 15. Manche von ihnen tragen sowjetische Kennzeichen, einige Piloten stellen sowjetische Flieger dar und erhalten vor dem Start Aufträge in einem Raum, in dem eine rote Flagge steht.

Das Nachrichtenmagazin Newsweek, dem wir dieses Foto entnahmen, malt so richtig aus, wie der „Aggressor“ in nur 11 Minuten besiegt wurde. Alles ist ein wahres Kinderspiel — allerdings ohne die durchaus realen Opfer. Bei dieser Kriegsspielerei sind bereits zehn Flugzeuge abgestürzt und vier Piloten ums Leben gekommen. Doch diese Verluste kratzen die Organisatoren der provokatorischen Show wenig.

„Wir bringen die Piloten zur größten Nervenanspannung und treiben ihnen so richtig den Schweiß auf die Stirn“, sagte Colonel Martin Mahr, der diese Operation befiehlt, vor Journalisten. Der Schweiß rinnt wirklich — bei den Arbeitern, die auf dem Manövergelände Tunnels des „Aggressors“ graben und „sowjetische Panzer“ aus Plaste zusammenbasteln. Und auch den Piloten tritt der Schweiß auf die Stirn. Doch am meisten gerät das Pentagon in Ekstase, das eine weitere, möglichst „glaubwürdige“ Show mit der angeblichen sowjetischen Bedrohung abziehen will.

V. GRIBATSCHOW

Wer gibt den Ton an?

Franz Josef Strauß wird die Äußerung zugeschrieben, die Oppositionsparteien CDU/CSU hätten nur einen Feind — und zwar sich selbst: Der bayrische Politiker tut wirklich alles, um die Christdemokraten zu kompromittieren.

Kürzlich kam eine neue Aktion ans Licht, die die CSU gegen ihre „Schwesterpartei“ CDU unternahm. Im Münchner Auftrag wurde eine „geheime“ Meinungsumfrage zur Popularität von F. J. S. durchgeführt — doch nicht in Bayern, sondern in ... Niedersachsen. Und obgleich sie „geheimgehalten“ wurde, erfuhr die Presse die Ergebnisse: Strauß ist „beliebter“ als der niedersächsische CDU-Oberbonze Albrecht und der Bonner CDU-Vorsitzende Kohl...

Ein Skandal — besonders, wenn man daran denkt, daß Albrecht wiederholt zu verstehen gab, er sei mit den extremistischen Positionen von Strauß nicht einverstanden. Doch auch Helmut Kohl bekam bei dieser Gelegenheit eins ausgewischt. Das um so mehr, als die „Strategiekommision“ tagen wird, die den Kurs beider Parteien für die Wahlen 1990 ausarbeiten soll. Auf diese „originelle“ Art wollte Strauß in Erinnerung bringen, wer denn nun den Ton in der Opposition angibt: der Bajuware, nicht aber Kohl.

B. L.





60 JAHRE
Großer
Oktober

REVOLUTION, MORAL, POLITIK

Prof. Boris LEJBSON

Kurz vor dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution prägte Lenin sein berühmtes Wort von der bolschewistischen Partei als Verstand, Ehre und Gewissen unserer Epoche.

Moralisches Potential der Gesellschaft

Als einzige politische Kraft in Rußland verstanden die Kommunisten deutlich die objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsbedürfnisse des kriegsmüden, von den Verbrechen der Ausbeuterklassen geplagten Landes. Die bolschewistische Partei allein wußte, wie die drohende nationale Katastrophe abzuwenden war, sie allein war imstande, die breitesten Massen zu inspirieren und aufzubieten, das Land zu retten, mehr noch: radikal umzuwandeln. Der historische Weg des Sowjetstaates, der 1977 sein 60jähriges Jubiläum begeht, zeugt eindrucksvoll vom kreativen Verstand der Kommunistischen Partei.

Lenin sprach jedoch nicht nur vom Verstand, sondern auch von der gewaltigen moralischen Kraft der Partei, und das ist kein Zufall. Gewissen und Ehre sind moralische Kategorien, die hohe ethische Eigenschaften bezeichnen. Durch all ihre Prinzipien und Handlungen wirkte die Kommunistische Partei dem sittlichen Verfall entgegen, der ein Attribut des Kapitalismus ist. Sie hat die besten moralischen Eigenschaften verkörpert, die die Menschheit hervorgebracht hat und die in der Epoche der sozialistischen Revolution die Arbeiterklasse vertritt.

Wie die Oktoberrevolution und die gesamte spätere internationale Entwicklung zeigten, zieht die kommunistische Ideologie die breiten werktätigen Massen nicht nur deshalb an, weil sie ihnen zeigt, wie die sie bewegenden Probleme in deren Interesse zu lösen sind, sondern auch dank der eigenen moralischen Lauterkeit. Bereits vor der Oktoberrevolution 1917 bewirkte das Wachstum des revolutionären Bewußtseins der Arbeiter und Soldaten Rußlands die Festigung der fortschrittlichen ethischen Prinzipien im gesellschaftlichen Leben und den Kampf gegen die Ansichten, die die

bürgerlich-gutsherrliche Ordnung kultivierte. Die Sowjets, die Betriebskomitees und die Komitees von Truppenteilen übernahmen die Verantwortung für die Revolution, aber darüber hinaus schufen sie eine neue moralische Atmosphäre.

Dokumente haben sich erhalten, in denen die eben erst entstandenen Betriebskomitees die Arbeiter und die Betriebsleitung aufriefen, „sich für das neue Leben zu bilden und umzuerziehen“, und warnend betont, daß Diebstähle, Arbeitsversäumnisse, grobes Verhalten usw. vor die Komitees kommen würden und daß dies „ein strenges Gericht, das Gericht des Gewissens“ sein werde, „das unter der alten Macht nicht bestand“.

Dokumente der Truppenteile erläuterten u. a. „allen wenig bewußten Kameraden“, daß „Bestechungen ein Fluch des alten Regimes, der Selbstherrschaft“ waren. Konkrete Bestechungsfälle wurden darin als Taten angeprangert, „für die es im freien revolutionären Rußland keinen Platz gibt... Das Streben, jemanden zu bestechen, bedeutet, daß man sein eigenes Gewissen und die besten Bestrebungen der anderen, erst recht der eigenen wählbaren Deputierten, in den Schmutz zieht.“

Die demoralisierten, in Korruption und Unehrlichkeit versunkenen herrschenden Klassen der alten Welt wurden von der Arbeiterklasse als Vorhut der Werktätigen abgelöst, einer Klasse, deren moralische Stärke und deren Überzeugung von der Gerechtigkeit ihrer Sache eine gewaltige revolutionäre Rolle spielten. Nicht von ungefähr schrieb Lenin in seiner Broschüre „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ kurz vor dem Oktoberaufstand, für den Sieg der Revolution seien der „völlige moralische und politische Zusammenbruch“ der alten Regierung und die Überzeugung der Massen notwendig, daß die Bolschewiki die gerechte Sache vertraten.

Seit ihren ersten Tagen bewies die neue Gesellschaft, daß sie dem Kapitalismus moralisch weit überlegen war. Das erste sowjetische Dekret — das Leninsche Dekret über den Frieden — hatte neben allem anderen eine ungewöhnlich große moralische Ausstrahlung. Der imperialistischen Lüge in der Außenpolitik, den Ränken derjenigen, die den Krieg fortführten und Plünderungen und Landraub durch heimliche Machenschaften und heuchlerische Phrasen über „Gerechtigkeit“ maskierten, setzte dieses Dekret den direkten und ehrlichen Aufruf an alle kriegführenden Völker und ihre Regierungen entgegen, unverzüglich Verhandlungen über einen wirklich gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen. „Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften aufteilen“, hielt die Sowjetregierung für „das größte Verbrechen an der Menschheit“. Das Dekret forderte einen Frieden ohne Annexion fremden Territoriums, ohne gewaltsame Angliederung anderer Völker und ohne Kontributionen. Es rief die Arbeiter der kriegführenden Länder auf, „die Menschheit von den Schrecken des Krieges und seiner Folgen“ zu befreien.

Die imperialistischen Regierungen antworteten nicht auf dieses für ihre Geheimdiplomatie so ungewöhnliche Dokument, mit ihm begann aber die Außenpolitik neuen Typs, eine offene und ehrliche Außenpolitik. Mit dem Wachstum der Kräfte des Sozialismus gewann sie allmählich einen kolossalen internationalen Einfluß, weil sie die Klasseninteressen der Arbeiterklasse, den Internationalismus und die Menschlichkeit in sich vereinigte.

Die Größe der Bolschewiki als Politiker besteht darin, daß sie einen Staat errichtet haben, der der demoralisierten kapitalistischen Gesellschaft neue moralische Prinzipien, hohe Ideale und das wahre Streben nach Fortschritt zum Wohl des Menschen entgegenhält. Diese Prinzipien bestimmen die Außen- und Innenpolitik des Sowjetstaates.

Zu ihrem 60jährigen Jubiläum kommt die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Fülle ihrer Kraft. Leonid Breschnew sagte: „Wir haben einen riesigen geistigen Reichtum gespeichert, wie ihn die Geschichte noch nicht kannte. In unserer Gesellschaft hat sich das fortschrittlichste, das humanste Sy-

stem der moralischen Normen und gesellschaftlichen Werte herausgebildet. ... Unsere kommunistische Moral hat mit Recht die von der Menschheit hervorgebrachten humanistischen Sittlichkeitsnormen übernommen und entwickelt sie weiter."

Die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hervorgebrachte Gesellschaft steht weit über der kapitalistischen, die ungerecht und unmoralisch ist, und gewinnt alle aufrechten Menschen für sich.

Zuungunsten des Kapitalismus

Heute hat die kapitalistische Welt mit großen Schwierigkeiten fertig zu werden, und dies bei weitem nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Zwar vermeidet es die bürgerliche Presse, das, was gegenwärtig in den kapitalistischen Ländern vor sich geht, als Systemkrise zu bezeichnen, aber sie kann die konkreten Erscheinungen dieser Krise, besonders im Bereich der politischen Sitten, doch nicht wegschweigen.

Keine Woche vergeht, ohne daß in einem kapitalistischen Land ein großer Mißbrauch aufgedeckt wäre. Skandal folgt auf Skandal, auch noch so hochgestellte Personen sind darin verwickelt. Präsidenten, Vize- und Ministerpräsidenten, Minister und höchste Beamte treten von der politischen Bühne ab, weil sie sich durch Korruption, Steuerhinterziehung, aktive oder passive Bestechung usw. kompromittiert haben.

Die USA, die die Führung in der westlichen Welt auf jedem Gebiet für sich beanspruchen, sind in der Immoralität zweifellos führend.

Die Watergate-Affäre ist für Washington auch heute nicht bloß eine quälende Erinnerung. Sie hat einen solchen Schmutz hinter den Kulissen des angeblich demokratischen politischen Lebens ans Licht gefördert, daß Millionen Menschen für lange den Glauben daran verloren haben, die bürgerliche Politik könnte mit sauberen Händen gemacht werden.

Die Bloßstellung der CIA, die das Netz ihrer Agenten über die gesamte westliche Welt ausgebreitet und allgemeine Bespitzelung, politische Morde, Provokationen und Subversionen zum System erhoben hat, hat die Öffentlichkeit aller Länder erschüttert. Und die schmachvolle Affäre der US-Gesellschaft Lockheed, die zynisch Parlamentarier und höchste Beamte vieler Länder en gros und en détail kaufte, zeigt, daß Korruption in den bürgerlichen Kreisen Usus ist.

All das sind keine Episoden, vielmehr das Drama der gesamten kapitalistischen Gesellschaft, des gesamten Systems ihrer moralischen Prinzipien. Die moralische Entartung als Folge der sozialökonomischen Entartung wird von den Volksmassen als besonders bitter empfunden und erregt spontanen Protest und Entrüstung. Die Jugendunruhen, die viele westliche Länder Ende der 60er Jahre erschütterten und auch heute nicht selten wieder aufflackern, sind nicht zuletzt auf die Enttäuschung über die moralischen Werte der bürgerlichen Ordnung zurückzuführen. In der Atmosphäre des unverkennbaren moralischen Niedergangs in der westlichen Gesellschaft ist, wie *Le Monde* (Paris) schreibt, die wachsende „Anziehungskraft der revolutionären Parteien, die eine erfrischende Sorge um die ethische Sauberkeit an den Tag legen“, besonders offensichtlich.

Bekanntlich lehnen die Marxisten die moralisch-ethischen Konzeptionen ab, die die moralische Vervollkommenung des Menschen als Voraussetzung und unerläßliche Bedingung der sozialen Veränderungen postulieren. Lenin bekämpfte stets solche Ansichten. Er zeigte die Haltlosigkeit der Versuche, die Unvermeidlichkeit des Sozialismus nicht von den durch die gesamte soziale Entwicklung bedingten historischen Notwendigkeiten, sondern von einem gewissen ewigen moralischen Prinzip, vom Absoluten, abzuleiten. Zugleich ging Lenin davon aus, daß nur hohe ethische Prinzipien die Revolutionäre moralisch dazu berechtigen, die Massen zu führen.

Die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern sind der Auffassung, daß Erscheinungen wie die weitverbreitete Kriminalität und Gewalt, die Rauschgiftsucht u. ä. in ihren sozialen Folgen alarmierend sind, weil sie auf das ganze gesellschaftliche Leben einen zersetzenden Einfluß ausüben. Der XIV. Parteitag der Italienischen KP (März 1975) beschäftigte sich viel mit Fragen des ideologischen Kampfes und der Moral. Im Bericht Enrico Berlinguers, Generalsekretär der IKP, hieß es u. a.: „Es ist unsere unaufschiebbare Aufgabe, den Werktätigen und dem Volk beim Bewußtseinsformen maximal zu helfen. Worauf soll aber dieses Formen heute beruhen? Offensichtlich vor allem auf der Ablehnung von Ungerechtigkeiten und Mißbräuchen, auf der Überzeugung, daß für

neue gesellschaftliche Verhältnisse kollektiv gekämpft werden muß.“

Ihre Kampagne bei den Gemeindewahlen 1975 führten die italienischen Kommunisten unter der Losung „Für ehrliche, wirksame und demokratische Verwaltung!“ durch. Wie aktuell dies ist, zeigt das Beispiel Neapels, wo die Korruption in alle Poren der Stadtbehörden eingedrungen ist. Da ist zu verstehen, warum nach Ansicht vieler Presseorgane Ehrlichkeit zur frappantesten Neuheit im Rathaus von Neapel geworden ist, seit ihm zum erstenmal ein kommunistischer Bürgermeister vorsteht.

Begreiflicherweise haben allerlei käufliche Politikaster, die sich in der Ausbeutergesellschaft auf verschiedenen Machtebenen etabliert haben, Angst vor einer ehrlichen Regierung, einem integren Gemeinderat. Daher die so häufigen Versuche von Antikommunisten, einen Kommunisten durch falsche Beschuldigungen in Verruf zu bringen. Tatsachen zeigen jedoch: Die kommunistischen Parteien haben sich nie durch Unehrlichkeit oder Eigennutz erniedrigt.

Je näher also große soziale Veränderungen rücken, um so mehr bezieht der politische Kampf moralische Probleme ein, und hier können alle diejenigen natürlichen Verbündete der Kommunisten werden, die sich nicht mit Bestechungen, Käuflichkeit und Unehrlichkeit in Politik und Leben abfinden wollen.

USA als Moralprediger

Die Bourgeoisie hatte schon immer Angst vor der moralischen Überlegenheit der Arbeiterklasse, weshalb sie ihr häufig die eigenen Laster zuschrieb.

Schon Mitte des vorigen Jahrhunderts entlarvten Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ die Heuchelei der Bourgeoisie: „Zerstörer der Familie“, „Nationalisierung der Frauen“ — was wurde den Kommunisten nicht alles angelastet! Auch heute setzt die bürgerliche Reaktion alle möglichen Lügenmärchen in Umlauf, um die Kommunisten als Menschen ohne Moral und Ehre, als Fanatiker hinzustellen.

Das Leben selbst straft solche Erdichtungen Lügen. Heute glaubt noch kaum jemand an die früheren primitiven Klischees, laut denen die Kommunisten ein Messer in den Zähnen halten, Kleinkinder fressen und Kirchen in Brand stecken. Die

neuen Zeiten verlangen von der Reaktion auch neue Lieder. Und so kommt es wie auf Bestellung: Die Kommunisten tolerierten keine Demokratie, in den Ländern, wo die Kommunisten an der Macht sind, würden die Menschenrechte verletzt usw.

Da die Herren der kapitalistischen Gesellschaft ohnmächtig sind, ihre fortschreitende moralische Krise aufzuhalten, ersetzen sie einen wirklichen Kampf gegen die Amoralität durch hohles Moralisieren, um von den realen sozialen Mißständen durch das Gefasel abzulenken, in der nicht kapitalistischen Gesellschaft werde gegen Moral und Humanität verstoßen. Ist die erkünstelte Frage der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern nicht deshalb nachgerade zum außenpolitischen Leitmotiv der größten kapitalistischen Macht geworden?

Dem amerikanischen Wähler, der eine ehrliche Administration schon lange vermißt, mußten natürlich die Wahlversprechen imponieren, die politische Unsauberkeit und Verstöße gegen die Bürgerrechte zu bekämpfen, sich von moralischen Prinzipien leiten zu lassen und sie der Innen- und Außenpolitik zugrunde zu legen. Aber schon Demokrit sagte: „Es ist notwendig, sich zu tugendhaftem Tun und Verhalten und nicht zu Reden von der Tugend zu erziehen.“ Gerade das fehlt den Politikern des heutigen Kapitalismus.

Wenn hochgestellte Persönlichkeiten in den USA ihre Besorgnis über die Polizeigewalt und Folterungen in vielen lateinamerikanischen Ländern äußern, muß man an Krokodilstränen denken. Mit dem Dazutun der USA haben sich nämlich einige dieser Länder in eine einzige Folterkammer verwandelt, bei US-Ausbildnern haben nämlich ihre Knechte die neuesten Methoden gelernt, den Menschen zu quälen und zu erniedrigen, US-Geräte werden nämlich dort von den modernen Inquisitoren verwendet.

Und was hat das Streben der USA, der Welt eine neue Runde im Wettrennen aufzuzwingen, mit der elementaren Moral gemein? Man denke auch an die Amoralität der Wirtschaftspolitik, die die Arbeitslosigkeit auf einem bestimmten, für das Kapital vorteilhaften Niveau faktisch „auf Eis legt“ und somit wissentlich Millionen Menschen ein schweres soziales Trauma zufügt,

das keine Arbeitslosenunterstützung lindern kann.

Gerade weil die USA-Wirklichkeit zuviel Anklagematerial lieferte und noch immer liefert, das Unruhe und Protest hervorruft, gefällt sich das Weiße Haus nun in der Rolle des Verfechters der Moral und des ungebetenen Mentors anderer Länder. Es hieß ja schon immer, daß Heuchelei der Tribut ist, den das Laster der Tugend zollt. In diesem Fall wird die Heuchelei auch noch als Blitzableiter für die Unzufriedenheit der Wähler benutzt.

Selbstverständlich sind Pharisäertum und Heuchelei häufig keineswegs auf persönliche Eigenschaften des einen oder anderen westlichen Politikers zurückzuführen, vielmehr auf die bürgerliche Moral schlechthin. Besonders deutlich äußert sich das unter den anwachsenden Schwierigkeiten, in akuten Situationen. Aber in der Politik kann Heuchelei nicht lange vorhalten. Das Leben reißt alle Masken herunter und läßt den Liebhabern der internationalen Demagogie einen immer engeren Spielraum.

„In der Politik ist Ehrlichkeit“, sagte Lenin, „Resultat der Stärke, Heuchelei Resultat der Schwäche.“ Der Sowjetstaat betreibt seit den ersten Jahren der Revolution eine ehrliche Außenpolitik. Er verbirgt nicht die Ziele dieser Politik, leugnet nicht, daß sie, wie es im Verfassungsentwurf heißt, „die Gewährleistung günstiger internationaler Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR, die Festigung der Positionen des Weltsozialismus, die Unterstützung des Kampfes der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt, die Verhinderung von Aggressionskriegen und die konsequente Verwirklichung des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung“ bezweckt.

Die Grundlagen dieser Politik wurden von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verkündet; sie entwickelten sich in der ganzen Geschichte des Sowjetstaates und waren nie abhängig von konjunkturellen Interessen, von der personellen Zusammensetzung der Regierung oder anderen vorübergehenden Faktoren.

Hierin liegt die gewaltige moralische Stärke der sozialistischen Außenpolitik, bedingt durch die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber dem amoralischen Kapitalismus. ■

RHODESIEN

Kommt die Rede auf Rhodesien, muß ich daran denken, wie ich 1963 in der nigerianischen Hauptstadt Lagos auf einer internationalen Messe war. Bunte Pavillons schmückten die bis dahin öde sandige Victoria-Insel.

Die dortigen Zeitungen brachten in Sonderausgaben politische, wirtschaftliche und geographische Auskünfte über die Teilnehmerländer, meist objektiv. Die einzige Ausnahme war die britische Kolonie „Selbstverwaltungs-föderation von Rhodesien und Njassaland“. Die rhodesische Halle hatte keinen starken Zuspruch, aber wenn schon Besucher kamen, waren es nicht einfach Schaulustige. Solide Geschäftsleute, die große internationale Konzerne vertraten, besichtigten die Mineraliensammlungen und machten sich Notizen. Ihre Augen saugten sich an den Bodenschätzen des afrikanischen Landes fest.

Die Leiterin der Halle, eine hager, von der tropischen Sonne braun-gebrannte, energische und sachkundige Dame, hatte keinerlei Schwierigkeiten im Umgang mit den Geschäftsleuten, wurde aber Journalisten gegenüber kontaktscheu.

Die Journalisten aber interessierten sich dafür, wie die Zukunft dieser „sich selbst verwaltenden“ Kolonie aussehen, ob ihre Stammbevölkerung die Möglichkeit erhalten würde, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden, und unabhängig werde.

Auf solche Fragen reagierte die hagere Dame verärgert.

„Sie haben keine Ahnung von der wirklichen Lage in unserem Lande“, sagte sie schrill und zeigte mit dem Finger gereizt auf riesige Farbfotos, von denen Ureinwohner gehorsam herablächelten. „Sehen Sie denn nicht, die sind mit allem zufrieden. Die sind die glücklichsten Menschen in Afrika!“

Sie wandte sich an den geschniegelten Afrikaner, der ihr assistierte: „Sammy, sag doch den Gentlemen, bist du irgendwie unzufrieden?“

„Ich bin völlig zufrieden, Ma'am“, fiel Sammy bereitwillig ein.

„Die Herren hier behaupten, ihr braucht die Unabhängigkeit.“

„Das stimmt nicht, Ma'am! Das sind Erdichtungen der Roten!“

„Sehen Sie!“ sagte die Dame triumphierend. „Die Schwarzen sind ja wie Kinder. Und wir Weißen ersetzen ihnen die Eltern, wir sind

DER ZUVERLÄSSIGE IAN SMITH

Jewgeni KORSCHUNOW

vor der Zivilisation für sie verantwortlich.“

Worauf die Dame selbstvergessen Kipling-Gedichte rezitierte und sich von der „Last des weißen Mannes“ verbreitete.

An diese Begebenheit muß ich heute immer wieder zurückdenken, wenn ich höre, wie hochgestellte Amerikaner und Engländer ihre „Sorge“ um die Zukunft des afrikanischen Volkes von Simbabwe hinausposaunen und in London und Washington, in Salisbury und Pretoria höchst moralische Unterredungen pflegen.

Unaufhaltsam wie ein Orkan

Bei internationalen Handelsmessen auf dem afrikanischen Kontinent gibt es schon lange keine rhodesischen Hallen mehr. In Salisbury weiß man auch sehr wohl, daß sich die Weltöffentlichkeit nicht durch Farbfotos der „mit allem zufriedenen“ Afrikaner irreführen läßt.

Die neue Zeit, die in Afrika in den 60er Jahren anbrach, ist heute besonders spürbar. Der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches, die Entstehung einer Gruppe sozialistisch orientierter Länder

und die Entschlossenheit des unabhängigen Afrika, mit dem Rassismus und den Überbleibseln des Kolonialismus auf ihrem Kontinent Schluß zu machen, haben eine grundsätzlich neue Lage geschaffen. Ian Smith muß sich schon Schlaures einfallen lassen, um den unvermeidlichen Zusammenbruch seines Regimes hinauszuschieben.

Seine langjährigen Schutzpatrone in London, Pretoria und Washington manövrieren ebenfalls.

Das müssen sie, wenn die vom Westen für Afrika ausgearbeiteten imperialistischen Pläne in Erfüllung gehen sollen. Eine Vorstellung davon gibt die *Washington Post*. Zur Afrikapolitik der heutigen USA-Regierung schrieb sie, im Unterschied zu Nixon und Kissinger, die alle beide „die schwarzen Afrikaner ignorierten und die Regimes der weißen Minderheit stützten“, gehe es Washington heute darum, „die schwarzen Nationalisten in ihrer wütenden Auseinandersetzung mit

In Rhodesien werden zahlreiche Straftruppen zur Bekämpfung der Patrioten ausgebildet.

Foto TASS

den Regimes der weißen Minderheit in Südafrika zu unterstützen“.

Das Blatt führt eine solche Kursänderung nicht etwa auf ein Streben zurück, Afrika bei der Befreiung von den Rassistenregimes Vorsterns und Smiths zu helfen. Die Administration Carters hat einfach die Lehren der Vergangenheit beherzigt, u. a. die Lehren des Falls Angola, wo die patriotischen Kräfte den Sieg errungen haben, die USA aber als „Verbündeter der RSA-Weißen in einer letztlich aussichtslosen Angelegenheit“ bloßgestellt wurden. Wenn Washington jetzt auch auf die „Stützung der schwarzen Nationalisten“ setzt, so aus dem Wunsch heraus, schreibt die Zeitung weiter, in Rhodesien nicht die patriotischen Kräfte an die Macht zu stellen, die seit Jahren gegen das Rassistenregime kämpfen, sondern die sogenannten gemäßigten Politiker aus den Reihen der Stammbevölkerung, solche, die ein dem Westen höriges Regime errichten würden.

Auf dieses Ziel wirken gegenwärtig die Emissäre Londons und Washingtons im Süden Afrikas hin. Deshalb trafen die Außenminister Vance (USA), Owen (Großbritannien) und Botha (RSA) Mitte August in London zusammen.

Nach den Londoner Gesprächen ließ die westliche Presse durchblicken, der neue britisch-amerikanische „Kompromißplan“ weise nun den Weg zur Lösung des rhodesischen Problems. Der Plan selbst wurde streng geheimgehalten. Erst am 25. August, kurz vor den „allgemeinen Wahlen“ in Rhodesien, verlautete es, Owen unternehme eine neue Reise. In Lusaka, der Hauptstadt Sambias, sollte er den führenden Politikern der „Frontstaaten“ den in London fertiggestellten Plan vorlegen.

Obwohl Afrika sich von ihm nichts versprach, was die britisch-amerikanische Position in bezug auf die Zukunft Rhodesiens grundsätzlich ändern würde, rief er, sobald veröffentlicht, doch Enttäuschung in Afrika hervor. In der Fassung war die Rede von der Entwaffnung der Truppenverbände der patriotischen Kräfte. Da die Patrioten auf diesen Vorschlag äußerst negativ reagierten, erklärten sich London und Washington damit „einverstanden“, daß die Partisanenverbände während der „Übergangsperiode“ erhalten bleiben, aber auf einem begrenzten Territorium des Landes



und unter Kontrolle der „internationalen Friedenskräfte“.

Dabei erwähnte der „Kompromißplan“ eine Auflösung der Armee der rhodesischen Rassisten mit keinem Wort.

Wohlwissend, daß Ian Smith viel zu stark kompromittiert ist, schlugen Großbritannien und die USA ihm vor, zu „gehen“ und so den Platz für ihnen passende Marionetten freizumachen. Damit die Weißen „den Anreiz zum Verbleiben im Lande“ haben, soll zugleich ein „garantierter Fonds“ von einer Milliarde Dollar angelegt werden, zu dem die USA den größten Beitrag leisten wollten.

Joshua Nkomo, der Führer der Patriotic Front von Simbabwe, kommentierte die britisch-amerikanischen Vorschläge wie folgt: „Wir können in den Entwaffnungsbefehl nicht einwilligen. Niemand kann unsere Armee entwerfen, niemand darf uns die Zukunft unseres Landes andiktieren.“

Ian Smith, der mit der restlosen Unterstützung seitens der RSA rechnet, hat den „Kompromißplan“, den seiner Regierung nahestehende Kreise nicht einmal „prüfenswert“ nannten, ebenfalls abgelehnt.

„Neue“ Variante

Während Verhandlungen und Konsultationen laufen, bereiten die rhodesischen Rassisten eine neue Variante der „Regelung“ vor. Von großer Bedeutung werden dafür die „allgemeinen Wahlen“ zum Parlament am 31. August sein. Bekanntlich sind die meisten Wähler und Abgeordneten Vertreter der weißen Minderheit. Ian Smith hofft, auf diese Weise seinen eigenen Plan der „inneren Regelung“ zu legalisieren.

Der *Kölner Stadt-Anzeiger* schrieb vom Chef des rhodesischen Regimes, er strebe Wahlen nach seinem Geschmack, mit minimaler Beteiligung der afrikanischen Wähler, und eine „Entscheidung“ ohne Teilnahme jener Gruppe von Afrikanern an, „die auf militärischem Wege an die Macht zu kommen hoffen“, anders gesagt, ohne die Patriotic Front von Simbabwe, die die OAU als bevollmächtigten Vertreter des Volkes dieses Landes anerkannt hat.

Um einen Sieg der Patriotic Front von Simbabwe nicht zuzulassen, ist der rassistische Ministerpräsident bereit, mit Spalern und Paktieren aus der Stammbevölkerung vorzugehen, wenn sie eine prowestliche Politik betreiben.

Aber auch diese Manöver, die

bezwecken, die Macht in Rhodesien auch weiterhin unter Kontrolle der weißen Minderheit zu belassen, stoßen auf einen Widerstand „von rechts“. Zwölf Parlamentarier von der regierenden „Rhodesischen Front“ warfen Ian Smith den Verrat an den „Interessen der Weißen“ vor und gründeten eine Rhodesische Aktionspartei. Sie verlangen, gegen die Patrioten härter durchzugreifen. Den Forderungen dieser neuen Partei schließen sich auch namhafte Vertreter der Rhodesischen Front an. Das Oberkommando der Rassistenarmee, die traditionsgemäß „außerhalb der Politik“ stand, gab mit einmal mehrere politische Erklärungen im Geiste der rhodesischen Ultras ab. Bei den Wahlen am 31. August wird die herrschende Partei in allen Wahlkreisen herausgefordert: Die Rhodesische Aktionspartei nominierte 46 Kandidaten für die 50 Sitze im Parlament, die „gemäßigte“ Partei „Kräfte der nationalen Einheit“ 18 Kandidaten. Der Rhodesischen Aktionspartei will sich auch der Präsident der extrem-rechten Nationalpartei Idensohn anschließen.

Wenn die rhodesischen Ultras an die Macht kommen, wollen sie eine „innere Regelung“ vornehmen und zu diesem Zweck separate Versammlungen, eine für Weiße und eine für Schwarze, schaffen. Diese Idee haben sie offensichtlich den Apartheid-Politikern der RSA entlehnt. Sollten diese Absichten in Erfüllung gehen, so sind die „Kompromißpläne“ der USA und Großbritanniens bedroht.

Kein Zweifel, die Offensive der Patriotic Front von Simbabwe wird an den Fronten unter allen Umständen weitergehen und im Volkswiderstand gegen das Repressivregime immer neue Kräfte schöpfen. Auch die Entlarvung der örtlichen „Gemäßigten“, die mit dem Imperialismus konform gehen, ist unvermeidlich.

Deshalb wurde bei den kürzlichen Verhandlungen in London über die Unterstützung gesprochen, die Ian Smith brauchen könnte, um bei den bevorstehenden Wahlen nicht eine Niederlage zu erleiden und gemeinsam mit seinen Schutzherrn die Manöver fortzusetzen, die Rhodesien um jeden Preis im „Dunstkreis“ des Westens halten sollen. Die *Sunday Times* (London) schrieb: „Smith hat die Weißen nie im Stich gelassen, und die meisten von ihnen sind überzeugt, daß er es auch künftig nicht tut.“

Solchen Plänen widersetzt sich die Patriotic Front von Simbabwe entgegen. Gleichzeitig mit ihren Kampfhandlungen gegen das Rassistenregime leistet sie eine große politische Arbeit, um die Manöver Smiths, der westlichen Länder und der örtlichen Spalter und Paktierer zu enthüllen.

Während in London verhandelt wurde, gaben Vertreter der Front sowie des Afrikanischen Nationalkongresses (RSA) und der Volksorganisation Südwestafrikas (Namibia) eine Erklärung ab, in der sie diese Manöver anprangern.

In diesem Dokument heißt es: „Jetzt sieht die ganze Welt: Es handelt sich um ein schmutziges Komplott, laut dem die RSA als Gegenleistung für ihre Teilnahme an den britisch-amerikanischen Plänen über Simbabwe und Namibia eine Garantie erhält, daß das Apartheid-Regime weiterbesteht. Simbabwe ist nicht zu verkaufen, und wir lehnen jede Regelung ab, die dort ein neokolonialistisches System schaffen soll. Der bewaffnete Befreiungskampf ist die entscheidende Kraft, dank der das Volk Simbawes seine volle Unabhängigkeit erreichen wird. Die Macht muß dem Volk Simbawes über die Patriotic Front — seine Befreiungsbewegung — übergeben werden, um zu gewährleisten, daß die wahre Unabhängigkeit zuverlässig und endgültig sein wird.“

Und wieder denke ich an die Ausstellungshalle auf der internationalen Messe in Lagos und an die westlichen Businessmen, denen man ansah, wie sie im Kopfe rechneten, ob die Bodenschätze Simbawes das Risiko lohnen. Heute müssen sie daran denken, daß die Gefahr, die in Rhodesien investierten Kapitale zu verlieren, durchaus real ist. Diese Gefahr zwingt sie zum Handeln. Es ist klar, woher das Gerede kommt, sollte der „unversöhnliche“ Smith den britisch-amerikanischen „Kompromißplan“ ablehnen, so werde die RSA, von der die Wirtschaft Rhodesiens weitgehend abhängt, Salisbury unter wirtschaftlichen Druck setzen. Die Monopole wünschen nicht, daß die Patrioten Simbawes den rhodesischen Knoten selber lösen. Aber die jüngste Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent liefert genügend Beweise dafür, daß das letzte Wort bei der Entscheidung über Afrikas Zukunft seinen Völkern gehört.

MOSKAUER BUCHMESSE



Stefan Zweig sagte einmal, daß es keinen Stahl und keinen Eisenbeton gibt, die langlebiger wären als mancher kleiner Stapel bedruckten Papiers. Keine Energiequelle konnte bis jetzt ein solches Licht erzeugen, wie es mitunter ein kleines Buch gibt... Wer würde diesen begeisterten Worten nicht zustimmen?

Unser Zeitalter gab dem Buchwesen neue Möglichkeiten. Es erscheinen mehr Titel, sie werden schneller gedruckt, die Auflagen sind höher, die Aufmachung wird besser. Das Wichtigste aber ist die Rolle, die heute das gedruckte Wort spielt, denn das Buch ist ein aktiver Teilnehmer des heftigen Ideenkampfes in der heutigen Welt. Das wahrhaftige gedruckte Wort verbessert die gegenseitige Verständigung zwischen den Menschen, erweitert den Austausch von kulturellen und geistigen Werten zwischen den Völkern, trägt zu einem gesunden internationalen Klima bei und dient der edlen Sache des Fortschritts der Zivilisation.

Die erste internationale Moskauer Buchmesse, die am 6. September eröffnet wird, soll den Leser mit den besten Büchern der Verlage verschiedener Länder bekannt machen. Ihr Motto — „Das Buch im Dienst des Friedens und Fortschritts“ — fand ein lebhaftes Echo in verschiedenen Teilen der Welt. Etwa 1500 Firmen aus über 65 Ländern haben bereits ihre Teilnahme an diesem Buchforum zugesagt, darunter Vertreter vieler Verlage der sozialistischen Länder. Ihre Druckerzeugnisse werden die englischen Firmen „Pergamon Press“, „Collet's Holdings“, „Thames and Hudson“, amerikanische Verlage „Plenum Publishing Corporation“,

„Times—Mirror Co.“, „Prentice—Hall Inc.“; der Börsenverein des Deutschen Buchhandels aus der BRD; die Verlage „Editions Gallimard“ und „Presses Universitaires“ aus Frankreich; Firmen aus Belgien, Holland, Australien, Japan und anderen Ländern. In unsere Hauptstadt werden Verleger und Buchhändler aus Indien, Irak, Algerien, Bangladesh und Guinea-Bissau kommen.

Sowjetischerseits werden sich hauptsächlich die Unionsagentur zum Schutz der Urheberrechte (WAAP) und die Unionsvereinigung „Meshdunarodnaja kniga“ mit den geschäftlichen Fragen befassen. Die WAAP, die die Herausgabelizenzen kauft und verkauft und die ständigen Beziehungen zu über 600 Verlagen vieler Länder unterhält, wird den ausländischen Kollegen über 15 000 verschiedene Titel anbieten. Sicher werden auch sowjetische Verleger keine geringe Auswahl haben.

„Meshdunarodnaja kniga“, deren Jahresumsatz 70 Mio Rubel übersteigt, wird viele interessante Ausgaben anbieten, die von den ausländischen Buchhändlern bestellt werden können. Die an der Buchmesse teilnehmenden Firmen können auch einen unmittelbaren Büchererwerb vereinbaren.

Neun Tage wird diese Buchmesse dauern. Die Expositionen werden in den zwei größten Pavillons der Leistungsschau der Volkswirtschaft der UdSSR untergebracht. Viele sowjetische Verlage werden das Beste ausstellen, das sie aus dem fürwahr uferlosen Büchermeer wählen müssen. Denn in der UdSSR erscheinen jedes Jahr über 80 000 Buch- und Broschüren Titel. Ihre Gesamtauflage nähert sich der kolossalen Zahl von 2 Milliarden.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Druckerzeugnisse ist die Übersetzungsliteratur. Die interessantesten

Werke der gegenwärtigen ausländischen Autoren erscheinen ständig sowohl in Russisch als auch in den Sprachen der Völker der UdSSR. So wurden bei uns 1975/76 Werke von über 6000 ausländischen Autoren herausgegeben. Ihre Auflage erreichte fast 145 Millionen. Gleichzeitig erschienen 528 belletristische Werke von 488 ausländischen Schriftstellern in den Periodika. Außerdem wurden fast 1500 Arbeiten zur gesellschaftlich-politischen und wissenschaftlich-technischen Problematik veröffentlicht.

Diese Zahlen bestätigen noch ein Mal, daß die Sowjetunion sich ernsthaft bemüht, die in der Hel sinkier Schlußakte verankerte Bestimmung über die Entwicklung des Kulturaustausches zwischen den Völkern zu verwirklichen. Im Sinne dieses Dokuments haben die Veranstalter der Buchmesse den Zugang für menschenfeindliche und unmoralische Ausgaben untersagt. Der internationale Buchaustausch wird ja erst dann sinnvoll, wenn die Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Respektierung der Landesgesetze und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eingehalten werden. Eben darum ist es bei dieser Buchmesse verboten, Bücher auszustellen, die den Krieg verherrlichen, eine rasenbedingte oder nationale Exklusivität propagieren und die mit den allgemein anerkannten Normen der gesellschaftlichen Moral unvereinbar sind.

In diesem Zusammenhang lassen sich manche Leute im Westen über „Zensurbarrieren“ aus... Nun, den beruflichen Giftmischern, die die geistige Atmosphäre in der Welt verseuchen, wird diese Ordnung nicht gefallen. Aber die Moskauer Buchmesse dient ja den edlen Zielen des Humanismus, Friedens und Fortschritts.

W. SHITOMIRSKI



INTERVIEW

IM DIENSTE DES AUSSENHANDELS

Mit dem Anwachsen des sowjetischen Außenhandels fällt die Tätigkeit der Handels- und Industriekammer immer mehr ins Gewicht. Das zeugt davon, daß die Öffentlichkeit auch bei den außenwirtschaftlichen Verbindungen der UdSSR eine immer größere Rolle spielt.

Boris BORISSOW, Präsident der Handels- und Industriekammer der UdSSR, beantwortet Fragen unseres Korrespondenten **Wladimir Rosen**.

Wie würden Sie die Aufgaben der Handels- und Industriekammer und ihre Struktur umreißen?

Sie ist eine gesellschaftliche Institution mit der Aufgabe, die kommerzielle, wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit der UdSSR mit dem Ausland zu fördern. Als Gemeinschaftsmitglieder gehören ihr viele Organisationen und Betriebe an, die etwas mit dem Außenhandel zu tun haben. Die Mitgliedschaft wächst schnell, besonders seit dem außerordentlichen Kongreß der Kammer von 1974. Ende 1976 hatte sie 3313 ordentliche Mitglieder. Von diesen waren 2048 Industriebetriebe, über 750 Handelsorganisationen, über 200 Forschungsinstitute und Entwicklungsbüros und selbstverständlich alle staatlichen Außenhandelsstellen.

Ich finde aber, es kommt nicht nur auf das quantitative Wachstum der Kammer an. Die Hauptsache ist, daß sich unser Arbeitsstil ändert. Die politische Entspannung fördert den Außenhandel, u. zw. denjenigen auf der Grundlage langjähriger Kontrakte. Auch die Verbindungen der Kammer dehnen sich aus, und wir sind bemüht, sie möglichst langfristig zu gestalten.

Heute steht die Kammer mit mehr als 80 Ländern in Geschäftsverbindung, mit 30 von ihnen auf der Basis von Verträgen. Mit wem? Erstens mit den gemischten Handelskammern, zweitens mit den Komitees zur Förderung des Handels und drittens mit ausländischen Handelskammern und anderen Körperschaften, die außenwirtschaftliche Kontakte unterhalten.

Die erste Gruppe unserer Partner bildete sich schon vor langer Zeit, aber letzthin sind die gemischten

Kammern (die Britisch-Sowjetische, die Französisch-Sowjetische, die Italienisch-Sowjetische, die Finnisch-Sowjetische u. a.) bedeutend reger geworden. Im Februar z. B. haben die Vertretungen der Italienisch-Sowjetischen Handelskammer, deren Leitung sich in Mailand befindet, neue Räumlichkeiten in



Moskau eröffnet. Zügig betätigt sich die unlängst auf Vereinbarung mit der Assoziation arabischer Handels- und Landwirtschaftskammern gegründete Arabisch-Sowjetische Handelskammer. Der sowjetische Teil ihres Sekretariats ist in Moskau, der arabische in Beirut.

Eine neuere Form der Partnerschaft sind die Komitees zur Förderung des Handels (z. B. mit Österreich, Japan und mit der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion). Seit 1975 besteht ein Sowjetisch-Bundesdeutsches Komitee, und 1976 haben wir ein Abkommen über die Bildung eines Sowjetisch-Spanischen geschlossen, dessen erste Sitzung Anfang dieses Jahres bereits getagt hat. Sehr interessant und nützlich ist die Tätigkeit des So-

wjetisch-Amerikanischen Handels- und Wirtschaftsrates.

Abkommen über eine Zusammenarbeit haben wir mit dem Mexikanischen Außenhandelsinstitut und dem Schweizerischen Büro zur Förderung des Handels geschlossen, weitere vor kurzem mit den Handelskammern von Somalia, Afghanistan, dem Iran, den Philippinen, der VDR Jemen und Indien. Mitte März kam ein Protokoll über Zusammenarbeit mit der portugiesischen Handelskammer zustande, und weitere mit der Handelskammer Kubas und dem Verband der Handelskammern Kolumbiens sind in Vorbereitung. Im Rahmen dieser Abkommen werden Programme für ein, zwei oder noch mehr Jahre aufgestellt. Sie umfassen Reisen von Geschäftsleuten, Ausstellungen und einen Informationsaustausch über den Außenhandel.

Großen Umfang nimmt die Informations- und die mit ihr zusammenhängende Verlagsarbeit an. Herausgegeben werden einschlägige Zeitschriften, Nachrichtenblätter, Nachschlagebücher, Sammelbände sowie Informations- und Werbeschriften.

An dieser Tätigkeit beteiligen sich auch die Auslandsvertretungen der Kammer und die gemischten Kammern. Die Französisch-Sowjetische beispielsweise gibt französisch und russisch eine Zeitschrift *Handel und Zusammenarbeit* heraus.

Die Kontakte haben noch andere Formen. Ich nenne da nur die in der UdSSR unter Mitwirkung der Kammer veranstalteten Kolloquien über den Handel zwischen sozialistischen und Entwicklungsländern. Voriges Jahr haben bei uns drei stattgefunden. Die Teilnehmer waren über 100 Vertreter aus 71 Entwicklungsländern. Und noch ein Beispiel: Auf manchen Messen und Ausstellungen im Ausland, an denen keine sowjetischen Organisationen beteiligt sind, richtet die Kammer eigene, geschmackvoll gestaltete Informationszentren ein, die Auskünfte über die Wirtschaft sowie die außenwirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Verbindungen der UdSSR erteilen. Das geschah z. B. in El Salvador, Belgien, Moçambique, Indonesien, Australien, Tansania und Luxemburg.

Mir scheint, früher hatten Sie keine Auslandsvertretungen. Ich irre mich doch nicht?

Nein, sie sind verhältnismäßig neu. Unsere Kammer hat

Vertretungen in der DDR, in Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Belgien, Österreich und der Schweiz eröffnet, vor kurzem auch in Portugal. Außerdem haben wir Vertreter in einigen gemischten Handelskammern.

Die häufigste und bekannteste Art der Betätigung Ihrer Kammer sind doch Ausstellungen. Können Sie uns darüber etwas Neues sagen?

Die Ausstellungen sind in der Tat ausgezeichnet besucht. In den letzten fünf Jahren hatten sie bei uns rund 100 Millionen und die sowjetischen im Ausland sogar noch mehr Besucher. Deshalb bemühen wir uns, die Ausstellungsmethoden mit Hilfe der modernen Technik zu verbessern, sie anschaulicher und übersichtlicher zu machen, ja auch einen immer weiteren Kreis von Ländern zu erfassen. Bei uns haben im vorigen Planjahr fünf Ausstellungen in 47 Städten stattgefunden.

Viele veranstaltet unsere Kammer in anderen Ländern und strebt danach, daß das in immer mehr Ländern möglich wird und daß der Themenkreis immer weiter gespannt ist. Voriges Jahr besuchten Hunderttausende von Japanern in Tokio, Osaka und Sapporo die Wanderausstellung „Das sozialistische sowjetische Sibirien“. Eine weitere Wanderausstellung „Die sowjetische Jugend“ war in sechs Städten der USA.

Große Pläne haben wir noch für dieses Jahr. Sie betreffen Ausstellungen im Ausland zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, besonders im Rahmen von Landesausstellungen der UdSSR in den USA, in Vietnam, Venezuela und der KVDR. Unsere Kammer sorgt auch für die Beteiligung sowjetischer Außenhandelsstellen an 20 internationalen Messen, darunter der asiatischen, deren Schauplatz Melbourne ist.

Andererseits sind (oder waren) dieses Jahr viele ausländische oder internationale Ausstellungen in der UdSSR. Großen Erfolg hatten Elektro 77 und Bahntransport 77. Am 1. September ist die größte, die Chemie 77, eröffnet worden.

Für große Ausstellungen werden die Hallen im Moskauer Sokolniki-Park schon zu eng. Deshalb werden in dem Stadtbezirk Krasnaja Presnja am Ufer der Moskwa im Eiltempo ein großer Ausstellungs-

komplex und ein Zentrum für internationalen Handel und wissenschaftlich-technische Beziehungen zum Ausland gebaut.

Soviel ich weiß, leistet Ihre Kammer neben der Veranstaltung von Ausstellungen auch andere Arbeit, über die kaum etwas bekannt ist. Ich meine Warenbegutachtung, Schiedsverfahren und das Patentieren von Erfindungen. Warum befaßt sie sich eigentlich mit alledem?

Vor allem, weil sie als gesellschaftliche Organisation die nötige Objektivität bei der Entscheidung über schwierigste Fragen gewährleistet, die sich bei Experten, in Schiedsverfahren und bei den Patentierungsspezialisten immer wieder ergeben. Ihre gewiß nicht leichte Tätigkeit wird in Geschäftskreisen des Auslands und von den sowjetischen Wirtschaftsfunktionären allgemein gewürdigt.

Könnten Sie das vielleicht näher erklären?

Unsere Experten untersuchen sorgfältig die Qualität und Quantität der eingehenden Exportgüter, Rohstoffe und Betriebsausrüstungen. Auf Wunsch von Kunden im Ausland begutachten sie auch sowjetische Anlagen und andere Waren vor deren Ausfuhr.

Somit ist die Expertise eine Schranke gegen minderwertige Gebrauchsgüter und defekte Anlagen aus dem Ausland und gegen die Ausfuhr sowjetischer Erzeugnisse, deren unzureichende Qualität zu Reklamationen Anlaß geben und dem guten Ruf unserer Erzeugnisse auf den Außenmärkten schaden könnte.

Mit dem Außenhandel wächst auch die Zahl der zu begutachtenden Waren. Ihr Spannkreis reicht von leicht verderbenden Nahrungsmitteln bis zu kompletten Betriebsausrüstungen. So begutachteten unsere Sachverständigen die Einrichtung des Atomkraftwerks, das die UdSSR Finnland liefert, und die vom Irak bestellten Anlagen für eine Pipeline.

Haben Sachverständige Waren, die die UdSSR importiert, manchmal auch beanstandet?

Das kommt nicht oft, aber doch vor. Ende vergangenen Jahres z. B.

mußten wir eine komplette Betriebslinie für die Bearbeitung von Offsetplatten reklamieren, die eine bundesdeutsche Firma geliefert hatte. Weiter haben wir drei Abfüllanlagen für den Schaumweinbetrieb in Gorki an den französischen Lieferanten zurückgehen lassen. Von unlängst aus Italien gelieferten 900 Paar Schuhen haben wir 648 Paare beanstandet, und 580 Herrenpullover aus Ägypten entsprachen nicht der vertraglich vereinbarten Qualität.

Bitte ein paar Zahlen über den Umfang dieser Arbeiten.

Voriges Jahr gaben wir rund 1,2 Millionen Gutachten ab gegenüber 564 000 im Jahre 1970. Der Wert der begutachteten Waren stieg von 12,4 auf 25,9 Md. Rubel. Im vergangenen Jahr ließen wir Waren für 812 Mio Rubel teils zurückgehen, teils erwirkten wir wegen Beanstandungen Preisnachlässe auf sie.

Zu unserer Kammer gehören über 250 Gutachterbüros und -gruppen. Sie erfassen rund 8000 Experten. In Moskau, Odessa, Riga, Krasnodar und Noworossisk bestehen technisch hochmoderne Expertenlabors.

Was stellen die Schiedsverfahren eigentlich dar?

Das sagt eigentlich schon der Name. Unserer Kammer sind Arbitragekommissionen für Außenhandel und Schifffahrt angegliedert. Die erste schlichtet, wie es in ihrem Statut heißt, „Streitfälle zwischen Rechtssubjekten verschiedener Länder im Bereich der Außenhandels- und sonstiger internationaler wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Verbindungen“; die zweite Streitfälle im Bereich des Seeverkehrs. Solche Fälle gibt es, wenn Schiffe zusammenstoßen oder einander zu Hilfe kommen, ferner auf dem Boden von Abschlüssen über Befrachten, Befördern und Dienstleistungen in Häfen usw. Die Experten für Seeverkehr sind auch für Streitfälle zwischen sowjetischen Körperschaften zuständig.

Sämtliche Arbitrer, d. h. Schiedsrichter — in den beiden Kommissionen zusammen etwa 50 —, sind ehrenamtlich tätig. Das sind auch die Leiter der Kommissionen. Der eine, Prof. Wladimir Posdnjakow, leitet an der Außenhandelsakademie einen Lehrstuhl, der andere, Sergej Lebedew, einen Lehrstuhl an der Moskauer Hochschule für internationale Beziehungen.

**Ich habe von einem Dispathe-
büro der Kammer gehört.
Wofür ist es da?**

Ich will versuchen, Ihnen das an einem Beispiel klarzumachen. Stellen Sie sich vor, ein befrachtetes Schiff läuft bei dichtem Nebel in voller Fahrt auf Riffe auf. Natürlich muß man versuchen, es zu retten, und mit ihm natürlich die Fracht. Diese leidet unter Schäden am Schiff. Diejenigen, die sie geborgen haben, müssen bezahlt werden, und es entstehen noch andere Unkosten. Sie und die Verluste muß man unter die Reeder, die Besitzer der Frachten und die Versicherungsgesellschaften aufteilen. Das ist Aufgabe der Dispatheverbände oder -gesellschaften. Sie ist nicht leicht. Manchmal handelt es sich um Frachten mit 100 und noch mehr Eigentümern, sie sind teils unversichert, teils versichert, und das bei verschiedenen Versicherungsgesellschaften.

Im Dispathebüro sind Fachkräfte höchster Eignungsstufe tätig. Ihre Entscheidungen sind einem Gerichtsentscheid gleichwertig und für alle Beteiligten bindend. Die Urkunden, in denen diese Entscheidungen niedergelegt sind, nennt man Dispathe.

**Soviel ich weiß, hat Ihre
Kammer auch mit dem Pa-
tentwesen zu tun?**

Ja, wir haben über unser Patentbüro im Ausland das Prioritätsrecht von Leistungen der sowjetischen Wissenschaft und Technik wahrzunehmen. Zu diesem Zweck meldet es im Ausland Patente auf sowjetische Erfindungen an und reicht dort Muster sowjetischer Industrieerzeugnisse ein. Im Ausland werden auch die Warenzeichen sowjetischer Betriebe und Organisationen eingetragen. Entsprechende Maßnahmen trifft das Büro auch in der UdSSR im Auftrag ausländischer Bürger oder juristischer Personen.

Es ist schwierig, ein Patent zu bekommen. Man muß ja nachweisen, daß es sich wirklich um eine Neuheit handelt, daß es das in der internationalen technischen Praxis noch nicht gegeben hat. Patentgesuche müssen deshalb von detaillierten, nach bestimmten Vorschriften abgefaßten Beschreibungen begleitet sein. In allen Stadien dieser Arbeit berät unser Büro die Antragsteller und hilft ihnen, schriftlich auf Entschiede ausländischer Expertisen zu reagieren. Hat man ein Patent be-

kommen, so muß man darauf achten, daß es nicht verletzt wird, was ziemlich oft vorkommt.

**Könnten Sie uns ein Beispiel
geben?**

Bitte. Die österreichische Firma Gebrüder Böhler verletzte das sowjetische Patent auf ein Verfahren zum elektrischen Umschmelzen von Schlacken und lieferte entsprechende Öfen nach Frankreich, Italien, England und anderen Ländern. Wir mußten in Frankreich und Italien Klage einreichen.

Warum nicht in Österreich?

Das hat in dem Land zu geschehen, wo die Patentverletzung faktisch stattgefunden hat. Da gewöhnlich Gegenklage auf Ungültigkeit des Patents erhoben wird, ziehen sich solche Verfahren meistens sehr in die Länge. Beide Seiten verpflichten Patentanwälte, was sehr kostspielig ist. Auch die Gerichtskosten sind hoch. Deshalb schließen die Prozeßparteien oft einen Vergleich. Kommen wir auf unseren Fall zurück. Nach zweijährigem Verfahren wies das französische Gericht die Gegenklage der österreichischen Firma ab, sie schloß mit uns ein Lizenzabkommen und zahlte uns 100 000 Dollar für die Verwendung der sowjetischen Methode.

**Bitte ein paar konkrete An-
gaben über die Tätigkeit des
Patentbüros.**

Es steht seit Jahren mit mehr als 1500 sowjetischen Organisationen in Verbindung. Im Ausland sind rund 16 000 sowjetische Erfindungen patentiert. (Übrigens: Patente gelten nicht endlos, manche veralten.) Voriges Jahr stellte das Büro im Ausland rund 3500 Patentgesuche und erwirkte 3100 Patente. Früher war das Verhältnis nicht so günstig. Das zeugt davon, daß das Büro die Gesuche sowjetischer Organisationen vor der Weitergabe sehr sorgfältig prüft.

Jedes Jahr bekommen wir über 5000 ausländische Gesuche und stellen über etwa 50% von ihnen Patente oder Urheberscheine aus. Zur Zeit gelten in der UdSSR rund 10 000 Patente auf Erzeugnisse aus 65 Ländern.

Das zeigt doch wohl zur Genüge, wieviel die Handels- und Industriekammer der UdSSR als gesellschaftliche Organisation zur Entwicklung des Außenhandels und der geschäftlichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern und damit auch zur Verbesserung des weltpolitischen Klimas und zur Konsolidierung der Entspannung beiträgt.

BIOGRAPHISCHES



**Michael
O'Kennedy**

Michael O'Kennedy wurde 1936 in der Stadt Nenagh der Grafschaft Tipperary geboren. Er

**AUSSENMINISTER IN DER NEUEN REGIERUNG
IRLANDS IST MICHAEL O'KENNEDY**

studierte Jura an der irischen Nationaluniversität. Seit 1959 war er als Rechtsanwalt tätig.

1965 wird O'Kennedy Mitglied des Senats (das Oberhaus des irischen Parlaments) und gehört dessen Verfassungsausschuß an.

Als Mitglied der Fianna-Fáil-Partei wird er 1969 ins Abgeordnetenhaus gewählt und 1970 zum Parlamentssekretär des Bildungsministers ernannt. Im Januar 1973 wird er in der Regierung

Lynch Minister für Verkehrswesen und Energetik. Nach der Niederlage der Fianna-Fáil-Partei bei den allgemeinen Wahlen im Februar 1973 befaßt sich O'Kennedy im Schattenkabinett mit internationalen Fragen.

In der neu gebildeten Regierung von John Lynch ist er Außenminister.

1975 besuchte Michael O'Kennedy als Mitglied einer Delegation von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Irlands die Sowjetunion.

LAND DER GUTEN HOFFNUNG

Von unserem Sonderberichterstatter
Albert PIN

Nguyen Van Hoi ist gesprächig, vielleicht von Natur aus, vielleicht aber auch infolge seines Berufs: Er ist Friseur. Haarschneiden und Rasieren hat er in der Armee gelernt. Von seinen 42 Jahren hat er sieben gedient. Sergeant Hoi wurde kurz vor der völligen Befreiung Vietnams am 11. April 1975 demobilisiert.

Mit seiner großen Familie wohnt er jetzt in einem Dorf, 100 km von Ho-Chi-Minh-Stadt entfernt, in einem neuen Wirtschaftsbezirk. Als die Stadt noch Saigon hieß, hausten sie in einem Kämmerchen unter einer Treppe. Jetzt haben sie ein eigenes Dach über dem Kopf.

Natürlich führte mich nicht müßige Neugierde in das Dorf. Ich wollte mich durch Augenschein über eine für Vietnam sehr wichtige Maßnahme informieren: über die Einteilung der seit dem Krieg ungenutzten Lande im Süden in Wirtschaftsbezirke.

Wer halbwegs über Vietnam auf dem laufenden ist, der weiß sicher, daß der IV. Parteitag seiner Kommunisten einen umfassenden, detaillierten Plan für die wirtschaftliche Umgestaltung des ganzen Landes aufgestellt hat. Ein Schwerpunkt besteht darin, binnen 20 Jahren 10 Millionen Bewohner des teils überbevölkerten Hong-ha-Deltas und der Ebene im Landesinnern in neue Wirtschaftsbezirke umzusiedeln, die im Süden größtenteils im Mekongdelta sowie auf dem Zentralplateau und im nördlichen Gebirge liegen.

Ein 20-Jahr-Plan

Eine Stunde Fahrt vom Saigon-Flughafen, und man glaubt sich aus der alten, stark besiedelten Stadt in eine andere Welt versetzt. Längs der Chaussee dehnen sich ebene Reisfelder, ziehen schütterte Baumbestände, Dörferchen in dichtem Bambusgestrüpp und alte Gräber mit weißen Grabsteinen vorüber. Ein arbeitsfähiger Junge kommt auf einem

Büffel geritten, eine Frau mit dem Tragjoch über den Schultern kommt gegangen, und wieder keine Menschenseele. Nur die nach Regendürstende Erde und die weiß aufgetürmten Wolken.

„Dort drüben waren früher Kautschukplantagen“, erzählt mir einer der vietnamesischen Freunde, die mich begleiten. „Die Amerikaner haben die Bäume vernichtet, sie hatten nicht weit von hier einen Stützpunkt und fürchteten, hinter den Stämmen könnten Partisanen im Hinterhalt liegen.“

Die Chaussee, auf der wir fahren, ist auch von den Amerikanern gebaut, denn sie konnten ohne Chausseen nicht auskommen im Krieg gegen diejenigen, die seit Urväterzeiten in diesem Land leben.

Wie schwer Vietnam unter dem Krieg gelitten hat, ist bekannt. Über den südlichen Provinzen allein warf die US-Luftwaffe 12 Mio t Bomben ab. Zwölf Provinzstädte und 4000 Dörfer und Flecken wurden dem Erdboden gleichgemacht, 5 Mio ha Waldungen, Reisfelder und Kautschukplantagen verheert.

Und wieviel Menschenleben der Krieg dahingerafft hat! Bei der Befreiung zählte Südvietnam 880 000 Waisen und 650 000 Witwen, außerdem 250 000 Invaliden und andere Opfer der US-Aggression, ganz zu schweigen von Hunderttausenden Arbeitslosen, größtenteils Bauern, die aus „strategischen Dörfern“ in die Städte geflüchtet waren.

Aus Mangel an Arbeitskräften lag in Südvietnam etwa 1 Mio ha Anbaufläche brach. Dagegen konnte dort die Industrie nicht einmal den zehnten Teil der Arbeitskräfte beschäftigen. Viele arbeiteten irgendwie für den Armee-, den Polizei- und den Verwaltungsapparat des Saigoner Regimes. Nach der Befreiung des Südens stieß zu den zwei Millionen Arbeitslosen über eine Million Soldaten der früheren Marionettenarmee.

Man kann über Südvietnam und die Gegenwart des ganzen Landes nicht schreiben, ohne auf diese vom Krieg, vom Kolonialismus und von anderen Ursachen herrührenden drückenden, ganz verschiedenen und oft miteinander verwickelten wirtschaftlichen, demographischen, sozialen und politischen Probleme einzugehen. Sonst bleibt der Sinn der Wandlungen unverstanden, die jetzt in verschiedenen Gegenden Vietnams und im Dasein von Millionen vor sich gehen. Sonst versteht man nicht, warum die Partei der vietnamesischen Kommunisten zu dem Schluß gelangt ist, daß der nationale Aufbau schneller vorantreiben wird, wenn man die Arbeitskräfte über das ganze Land umverteilt.

Vor meiner Reise nach dem Süden sprach ich darüber in Hanoi mit Kollegen von der *Nhan Dan*, dem Blatt des ZK der KPV, und machte mich auch mit der Meinung Te Viet Tans, eines Vizevorsitzenden der Staatlichen Plankommission der SRV, bekannt (ein Artikel von ihm war in der theoretischen und politischen Parteizeitschrift *Tap ti Cong San* erschienen). Hier kurz, worum es geht.

Das wiedervereinigte Vietnam hat jetzt Arbeitskräfte in Fülle. Von den 50 Millionen Landesbewohnern sind 22 Millionen arbeitsfähig. Die Geburtenzahl ist hoch. In den letzten 50 Jahren hatte das Land trotz der insgesamt 30jährigen Kriege einen Bevölkerungszuwachs auf das Dreifache. Im Jahr kommen 1,5 Millionen Kinder zur Welt, und man erwartet, daß Vietnam an der Jahrtausendwende etwa 75 Millionen Einwohner haben wird (Hong Ha, ein Mitglied der *Nhan-Dan*-Redaktion, nannte mir sogar 100 Millionen). Heute aber hat ungefähr ein Fünftel der arbeitsfähigen Bevölkerung keine Arbeit.

Außerdem ist sie ungleichmäßig über das Land verteilt. Sehr dicht besiedelt sind die Flußniederungen, besonders das Hong-ha-Delta. Überbevölkert sind die Städte, namentlich die großen wie Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt. Dagegen fehlt es in den bergigen Gebieten Nordvietnams und auf dem Plateau im Landesinneren an Arbeitskräften.

Obwohl im Norden unter der Volksmacht viele moderne Industriezweige entstanden sind, überwiegt in Vietnam noch die Kleinerzeugung. Die Landarbeiten werden zu 90% von Hand verrichtet, was die Arbeitsproduktivität hemmt,

In den nächsten beiden Jahrzehnten beabsichtigt die Republik, eine sozialistische Großproduktion in Gang zu bringen und die Schaffung der materiell-technischen Basis für den Sozialismus im ganzen Land zu Ende zu führen. Schon im laufenden Planjahr fünf (1976—1980) soll sich der Ausstoß der zur Gruppe A gehörenden Branchen verdreifachen und der der Gruppe B verdoppeln.

Für Vietnam ist es lebenswichtig, seine Anbauflächen auszudehnen. Im Norden sind sie nicht sehr groß und werden mit jedem Jahr kleiner, weil Betriebe, Chausseen, Wohnhäuser und Bewässerungsanlagen gebaut werden. Im ganzen Land sind jetzt nur 5 Mio ha bestellt. In 5—10 Jahren sollen es doppelt soviel werden, in erster Linie durch Erschließung von Neu- und Brachland im Süden, im Mekongdelta.

Dafür müssen Hunderttausende aufgeboden werden, und man siedelt sie jetzt aus dem Norden, dem Hong-ha-Delta, aus Ho-Chi-Minh-Stadt und anderen südlichen Städten in die neuen Wirtschaftsbezirke um. Die Bildung solcher Bezirke im Mekongdelta und die Entwicklung der Forst- und Viehwirtschaft auf den Plateaus im Norden gestatten es, gleichzeitig mehrere soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen, auch ein so wichtiges wie das der Beschäftigung für Millionen. Es handelt sich u. a. um Schulabsolventen und demobilisierte Soldaten der Volksarmee, um Bauern, die durch die Technisierung der Landwirtschaft beschäftigungslos werden, um Opfer des Saigoner Regimes und ehemalige Soldaten der Marionettenarmee.

Im laufenden Planjahr fünf allein werden rund 4 Millionen Personen in die neuen Bezirke übersiedeln, und insgesamt sollen in diesem Zeitraum in Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Investbau rund 8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Schon das zeugt vom Umfang des im sozialistischen Vietnam begonnenen Aufbaus.

Vor der Karte Songbes

Mein Gesprächspartner, Tran Ngok Khanh, ist der erste Vizevorsitzende des Volkskomitees der Provinz Songbe, in der jetzt Ex-Sergeant Hoi wohnt.

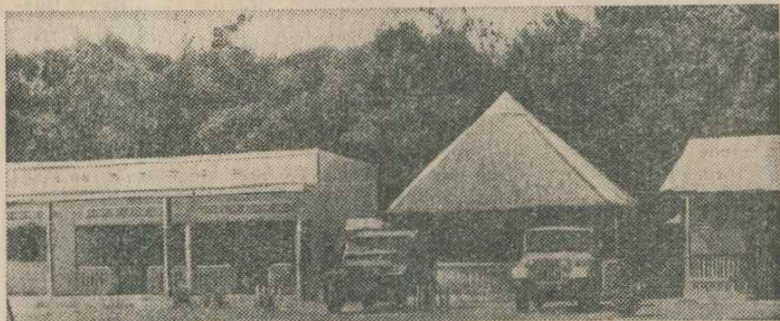
„Wir müssen Ihnen wohl erst einmal kurz von den heutigen Zuständen und Sorgen in unserer Provinz erzählen“, sagt Khanh. „Sehen Sie her!“

An einer Wand des Raums hängt eine Landkarte großen Maßstabs.

Khanh greift nach einem Zeigestock und ich nach meinem Notizblock. Also: Songbe ist eine der 35 Provinzen der SRV.

Auf der Karte hat die Provinz ähnliche Umriss wie Frankreich, ist aber natürlich viel kleiner. Im Norden grenzt sie auf einer Strecke von 220 km an Kampuchea, im Osten und Westen an die Provinzen Dac Lac, Lam Dong, Dong Nait und Tay Ninh und schließlich im Süden an Ho-Chi-Minh-Stadt.

Die Gegend kann stolz darauf sein, was sie zum Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit des Heimatlandes und für seine soziale Befreiung beigetragen hat. Sie war



ein zuverlässiger Stützpunkt der revolutionären patriotischen Kräfte während der beiden Widerstandskriege: gegen die französischen Kolonialisten und gegen die amerikanischen Aggressoren und ihre Mitläufer. Der Feind nannte die Gegend im Südosten Songbes das Eiserne Dreieck. Dort fühlten sich die amerikanischen Soldaten höchst unbehaglich, und auch die französischen Okkupanten hatten keine Ruhe. Oft kam in den Frontmeldungen auch die Chaussee Nr. 13 vor, die durch die Provinz verläuft. Hier gaben die Patrioten amerikanischen Elitetruppen und Saigoner Divisionen so manchen Denkwort.

„Ein reiches Gebiet haben wir“, fährt Khanh fort. „Das einzige, was uns vielleicht fehlt, ist das Meer. Klima und Boden eignen sich für viele wertvolle Nutzpflanzen. Auf 50 000 ha könnten wir Kautschukplantagen anlegen, brauchen aber Maschinen zum Pflanzen der Bäume. In dieser Hinsicht rechnen wir auf die Hilfe unserer Freunde. Unter Mitarbeit von Kuba hoffen wir, große Zuckerrohrpflanzungen anzulegen. Wir könnten auch Tee, Gewürze und natürlich allerlei Obstbäume pflanzen.“

Einige Früchte der Gegend sind auf dem Tisch und werden dem Moskauer Gast liebenswürdig ange-

Khanh erzählt mir von seiner Provinz
◆ Hier hat das Komitee für die Bautätigkeit in den neuen Wirtschaftsbezirken der Provinz Songbe seinen Sitz ◆ In der Keramikwerkstatt der Fabrik

Fotos des Verfassers

boten: nie gesehene Mangostanfrüchte, unter deren glatter lila Haut in Teilchen das zarte süßsaure Fruchtfleisch liegt, und grüne, kastanienähnliche Früchte, die rund sind und wie Zuckermelonen schmecken. Ob sie einen russischen Namen haben, konnte ich nicht herausbekommen. Songbe ist für seine Töpferwaren, Lackmalereien und Teppiche bekannt. Wirklich weitverbreitet ist die Technik der Lackarbeit wohl nur in Vietnam. Erzeugnisse hiesiger Künstler zieren in vielen Ländern Museen und Privatsammlungen. Wie mir Khanh erzählte, besteht im Innern der Provinz schon seit 30 Jahren ein großer Kunstgewerbebetrieb. Früher war er in Privatbesitz, aber der Besitzer ist nach der Befreiung des Südens nach den USA geflohen, und jetzt ist der Betrieb Staatseigentum. Später sah ich ihn. Er beschäftigt 400 Personen. Weitere 5000 Kunstgewerbetler der Provinz führen seine Bestellungen aus. Die Fabrik erzeugt Keramik, Teppiche und Lackmalereien und exportiert nach der

UdSSR und anderen sozialistischen Ländern sowie nach Japan und Singapur.

Die Provinz hat nur 650 000 Einwohner. Vor kurzem hatte sie noch weniger. Der besonders dünnbesiedelte nördliche Teil nimmt Umsiedler auf, die kommen, um in diesem wie in den anderen neuen Wirtschaftsbezirken Neu- und Brachland nutzbar zu machen. Die meisten — über 140 000 — sind bisher aus Ho-Chi-Minh-Stadt und 20 000 aus der Provinz Thai Binh eingetroffen. Aus dieser nördlichen Provinz kommen vorläufig nur junge Menschen, später sollen aber noch 20 000 Familien von dort übersiedeln. Nach den neuen Wirtschaftsbezirken sind auch 15 000 Personen aus der Hauptstadt der Provinz Songbe und aus anderen ihrer Städte gegangen.

„In diesen Bezirken sollen sich 100 Gemeinden bilden“, fährt Khanh fort. „Jede soll 2500 ha Land haben und fünf Dörfer mit insgesamt

übrig, das Geld reicht nur für Bambushütten. Der Staat hat ja die Umsiedler und ihre Familien mit allem Notwendigen einschließlich Reis zum Essen zu versorgen.

Mit den Arbeitskräften ist es schwer. Die Umsiedler sind zu 60–80% frühere Soldaten der Marionettenarmee. Sie stellen auch den größten Teil der Verwaltungsorgane in den Gemeinden und Dörfern. Manchmal wurden leitende Posten mit untüchtigen oder ungewissenhaften Leuten besetzt. Auch feindliche Umtriebe kommen vor. So wurde in einer Gemeinde ein ehemaliger Hauptmann der Saigoner Armee entlarvt und festgenommen. Er hatte sich für einen Gemeinen ausgegeben, hatte sich ins Vertrauen der Volksmacht eingeschlichen und war mit einem sehr verantwortlichen Posten im neuen Wirtschaftsbezirk betraut worden. Er hat in der Gemeinde viel Schaden angerichtet und rund 100 Ein-

die Bananenstauden und die hohen, anspruchslosen Maniokbüsche bei den Hütten scheinen vor Hitze schlapp zu sein.

Wir fahren auf den Dorfplatz, da ist im Schatten zweier Bäume ein kleiner Markt. Wir halten vor einem langen Bau mit dem Schild über dem Eingang „Volkskomitee der Gemeinde Tan Hung“.

Eine höchst bescheidene Einrichtung. Und sehr freundliche Leute: der Komiteevorsitzende Nguyen Hoang Da und der Parteisekretär Tran Cong Tam. Der Vorsitzende sieht wie 17 aus, ist aber 25, der Parteisekretär ist bedeutend älter.

Sehr bald weiß ich über vieles in der Gemeinde Bescheid. Sie besteht seit Juli 1975, umfaßt jetzt fünf Dörfer mit 1000 Häusern und hat 5136 Einwohner.

In anderthalb Stunden (wenn es sehr heiß ist, in zweien) kann man sie kreuz und quer durchwandern. Die fünf Dörfer sind zusammen 5600 m lang und 400 m breit. Dabei sind die gut 1500 ha Anbaufläche natürlich nicht mitgerechnet.

Das umbrochene Land trägt für die Bewohner schon Reis, Maniok, Bataten, Gemüse und Obst (die letzteren werden nahe bei den Häusern gepflanzt). Am wichtigsten ist hier aber der Reis. Von den 1976 umbrochenen 526 ha war fast die Hälfte mit Reis bestellt. Sie erbrachte etwas über 120 t Reis, also je Bewohner der Gemeinde 24 kg. Von deren ersten Tagen an schoß ihnen der Staat, ebenso wie den Bewohnern der anderen Gemeinden in den neuen Wirtschaftsbezirken, je 13 kg monatlich zu. Kostenlos bekamen die Umsiedler auch die Arbeitsgeräte, das Saatgut, das Haus, den Brunnen und die nötigsten Einrichtungsgegenstände. In der Gemeinde, von der ich hier erzähle, kostete die Unterbringung einer fünfköpfigen Familie den Staat 1206 Süd-Dong.*

Von den 1000 Familien der Gemeinde sind 577 die von ehemaligen Soldaten der Marionettenarmee. Viele sind aus Ho-Chi-Minh-Stadt gekommen. Wie leben die Leute? Wir suchen den Ex-Sergeanten Hoi auf, der jetzt einen neuen Beruf hat. Er ist Landmann. Hoi ist zufrieden: Seine Kinder gehen zur Schule (je-



5000–7000 Einwohnern umfassen. Bisher sind 54 Gemeinden entstanden. Die Hälfte ist schon ganz besiedelt und hat auch schon die nötigen leitenden Kräfte. Die übrigen sind erst im Entstehen.“

Khanh macht kein Hehl aus den Schwierigkeiten und Problemen. Den meisten Umsiedlern ist die Landarbeit neu. Ehe man sät, muß man Minen und Blindgänger entschärfen. Das Wasser für die Bewässerung reicht nicht (ein Staudamm und andere Bewässerungsbauten sind erst geplant). Deshalb kann auf dem umbrochenen Land nur einmal im Jahr geerntet werden. Die Unterkünfte in den Dörfern lassen zu wünschen

wohner zur Rückkehr in die Stadt gezwungen.

„Das ist ein Ausnahmefall“, sagt Khanh. „Manche Leute reisen zwar aus den neuen Bezirken ab, aber es sind nicht viele: von den Umsiedlern aus Saigon höchstens 1%. Die meisten sehen ein, wie wichtig das von der Volksmacht begonnene Werk und welches ihr Platz dabei ist.“

Noch ein Beruf Hois

Ein glattgewalzter Landweg, zu beiden Seiten leichte Hütten mit geflochtenen Bambuswänden. Noch steht die Sonne nicht im Zenit, brennt aber schon furchtbar. Selbst

* In Südvietnam haben die Dong nach der Befreiung die Piaster ersetzt. Vorläufig hat Vietnam noch zwei Währungen, aber beide stehen völlig unter Kontrolle der Staatsbank der SRV. 80 Süd-Dong entsprechen etwa 100 Nord-Dong.

des Dorf der Gemeinde hat eine Grundschule), und die Familie hat Reis genug, obwohl nur er selbst und sein Ältester arbeiten können. Lediglich zur Erntezeit geht auch die Frau aufs Feld, sonst hat sie ja neun Kinder zu versorgen, von denen das jüngste erst drei Jahre alt ist. Zwei Söhne und eine Tochter haben schon selbst Familie.

Das Haus hat drei Stuben. Der ungedielte Fußboden ist mit Matten bedeckt. Draußen hängt neben der Haustür ein kleiner Spiegel, stehen der Tisch des Friseurs und eine Art Sessel für den Kunden. Hois Friseurkünste kommen ihm im Dorf gut zustatten. Der Nebenverdienst ist für die große Familie eine Hilfe. Sie hat auch etwas Hofland, da wachsen Bananen, Papajas und Maniok. Der Brunnen ist gleich hinterm Haus. Daneben ist eine große Grube ausgehoben, darin sammelt sich in der Regenzeit Wasser, und Hoi setzt Fischbrut aus. Die größeren Kinder helfen nach Kräften, sie sammeln Reisig im Wald, der vom Dorf drei Kilometer entfernt ist. Aus dem Reisig brennt Hoi Holzkohle, für den eigenen Herd und zum Verkauf.

Anderthalb Jahre reichen natürlich für die Gewöhnung der Umsiedler an ihren neuen Beruf nicht aus. Es wird noch viel Mühe kosten, bis das ganze Brachland wieder Frucht trägt. Und doch sind die neuen Wirtschaftsbezirke schon eine Realität.

Übrigens gibt es in der Provinz Songbe in den neuen Bezirken Gemeinden, die schon produktiver als die geschilderte sind. In Tan Long z. B., einer Gemeinde, die auch erst vor zwei Jahren entstand, teilte man mir ein wissenswertes Detail mit: 12 Familien versorgen sich schon seit Januar 1976 vollständig selbst mit Nahrungsmitteln. Diese Familien

haben auch früher auf dem Lande gelebt.

Wie mir vietnamesische Genossen sagten, sind die Gemeinden in ihrer jetzigen Form nur ein Übergangsstadium. Man will sie zu Staatsgütern entwickeln. Damit soll in drei Jahren begonnen werden, und die Arbeiten sollen in vier oder fünf Jahren zum Abschluß kommen. Laut Plan sollen drei Gemeinden ein Staatsgut bilden.

Ebenso wie in den anderen Provinzen Südvietnams, bestehen schon jetzt in Songbe Staatsgüter. Sie sind auf mehrjährige Tropenkulturen spezialisiert. Voriges Jahr sind über 50 gebildet worden. Die Gründung staatlicher Großbetriebe und Genossenschaften in den neuen Wirtschaftsbezirken wird die Erschließung der weiten Landstrecken natürlich beschleunigen und mehr Möglichkeiten zur Entwicklung der Agrarproduktion wie auch zur Besserstellung der Bewohner bieten.

Meine Erzählung von der Reise nach Südvietnam geht ihrem Ende entgegen. Ich begann sie in Ho-Chi-Minh-Stadt, dem ehemaligen Saigon, zu schreiben, das uns noch unlängst so fern schien, und schließe in Moskau vor einem großen Fest unserer vietnamesischen Freunde; dem 32. Jahrestag der Ausrufung der Demokratischen Republik Vietnam. Am 2. September 1945 entstand der erste Arbeiter- und Bauernstaat Südostasiens.

Weit und beschwerlich war der Weg des vietnamesischen Volkes zu Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden in seinem vielgeprüften Land. Als einträchtige Familie gestaltet es heute sein Leben neu. Ich glaube fest daran, daß seine Hoffnungen in Erfüllung gehen werden.

Hanoi—Ho-Chi-Minh-Stadt—Provinz
Songbe—Moskau

DISKUSSION MIT DEM LESER

In Heft 24 Ihrer Zeitschrift las ich den Entwurf für die neue Verfassung der UdSSR und entdeckte zu meinem Erstaunen, folgenden Passus: „Das Recht der Bürger auf persönliches Eigentum wie auch das Recht, es zu vererben, sind gesetzlich geschützt.“ Ich kann das schwer im Kontext eines wirklich sozialistischen Staates verstehen, denn wir in Australien sind an den Gedanken gewöhnt und gewöhnt worden, daß es in Ihrem Land überhaupt kein Privateigentum gibt.

Michael CHRISTIE
Kingsford, Australien



Es diskutiert
der stellvertretende
NZ-Chefredakteur
Boris
PISTSCHIK

Leute der älteren Generation erinnern sich, wie die Gegner des Sozialismus allerlei Unsinn über unser Land verbreiteten. Ihr besonderes Steckenpferd waren angebliche Augenzeugenberichte über eine „Nationalisierung der Frauen“ und 80 m breite Bettdecken in den Kolchosen. Ich wundere mich gar nicht über Ihr Erstaunen. Bei 80 m breiten Bettdecken könnte von persönlichem Eigentum natürlich keine Rede sein.

Wie stellen Sie sich denn dann das Heim eines durchschnittlichen Sowjetbürgers vor? Oder meinen Sie, daß er keins hat? Er hat eins, davon kann sich jeder ausländische Gast überzeugen. Er wird feststellen, daß da wie in jedem anderen Heim Betten normaler Breite stehen, ein Fernsehgerät, eine Menge Bücherregale, ein Kühlschrank, eine Näh- und eine Waschmaschine, Spielzeug für die Kinder nicht zu vergessen. Ohne all das ist das Leben eines modernen, zivilisierten Menschen und einer normalen Familie undenkbar. Auf dem Lande hat fast jeder eine Kuh oder zwei, Schafe, Ziegen, Hühner, Gänse und Enten, einen eigenen Gemüsegarten hinterm Haus und im Süden Weinstöcke oder ein Melonenfeld. In

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Schlüssel zu Lektion 8

Übung 2: 1. В СССР запрещено вести пропаганду войны. 2. Внешняя политика СССР направлена на укрепление сотрудничества с другими странами. 3. В отношениях между государствами необходимо соблюдать принцип суверенного равенства. 4. СССР выступает за укрепление безопасности народов.

Übung 3: Построение, обеспечение, укрепление, предотвращение, осуществление, урегулирование, выполнение.

Übung 4: Урегулировать вопрос, проблему; выполнить обязательство, условия договора; укрепить дружбу, безопасность, сотрудничество.

den genossenschaftlichen und eigenen Garagen stehen PKWs und Motorräder, in Bootshäusern liegen Segel- und Motorboote, und manche bei uns finden sogar, es gebe schon zuviel Motoren, sie könnten die Luft verschmutzen. Das alles — Wohnhaus, Nebengewirtschaft, Hausrat, Kleidung und Bequemlichkeiten — ist persönliches Eigentum der Bürger und steht wie sie selbst unter gesetzlichem Schutz. Auch kann es, wenn einer stirbt, an seine direkten Erben oder an Personen übergehen, denen er es testamentarisch vermacht hat.

In den programmatischen Dokumenten der Kommunistischen Partei und in unseren staatlichen Plänen heißt es, daß die Sphäre des persönlichen Verbrauchs und folglich auch das mit ihr zusammenhängende persönliche Eigentum an Umfang zunehmen soll. Warum? Weil die Einkünfte der Berufstätigen — ihre Löhne und Gehälter und die Vergünstigungen aus den gesellschaftlichen Fonds — zunehmen, ebenso die Benutzung von Dauergütern; weil der Bau von Eigenheimen und Genossenschaftswohnhäusern sowie der Unterhalt von Gemeinschafts- und Einzelnutzgärten gefördert wird.

Der Sozialismus, besonders dasjenige seiner Stadien (der entwickelte Sozialismus), in dem sich die UdSSR jetzt befindet, setzt eine unablässige Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus des Volkes voraus. Darauf eben ist bei uns die industrielle und landwirtschaftliche Produktion ausgerichtet. Ein Beispiel: 1965 hatte bei uns jede zehnte Familie einen Kühlschrank, 1980 werden fast neun von zehn Familien einen haben.

Das Wohlergehen jedes Sowjetbürgers und jeder sowjetischen Familie beruht jedoch nicht auf dem persönlichen Eigentum. Die allermeisten Wohnhäuser sind staatlich, die Wohnungen werden kostenlos nachgewiesen, und die Miete macht 3—4% vom Lohn oder Gehalt aus.

Und schließlich dürfen Sie persönliches Eigentum nicht mit Privateigentum verwechseln. Bei uns darf niemand privat einen Betrieb, eine Eisenbahn, eine Gaststätte oder ein Kino besitzen, denn sonst könnten sich einzelne Personen ja an fremder Arbeit bereichern. Gerade die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionswerkzeugen und -mitteln ermöglichte es uns ja, die Ausbeutung eines Menschen durch den andern aufzuheben und die freie Arbeit des sowjetischen Menschen zur Quelle des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums, des Wohlstandes des ganzen Volks und eines jeden Bürgers zu machen. In Artikel 9 des Verfassungsentwurfes heißt es: „Die Grundlage des ökonomischen Systems der UdSSR ist das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln.“ Das entspricht durchaus den Prinzipien eines wirklich sozialistischen Staates.

Es heißt, daß der Mensch durch persönliches Eigentum verspießert, was den Sozialismus gefährde. Wir übertreiben diese Gefahr nicht, kritisieren aber Leute, die einen Kult mit Sachen treiben, und verurteilen solche, die sich mit unlauteren Mitteln zu bereichern suchen. Das ist aber ein besonderes Thema, auf das wir, falls unsere Leser es wünschen, zurückkommen können.

Leonid Breshnew hat in seinen Reden überzeugend die großartigen Erfolge geschildert, die die UdSSR in den letzten Jahren erzielt hat. Uns freut es sehr, von Ihren gewaltigen Fortschritten in Wissenschaft und Wirtschaft zu erfahren. Unsere Jugend will möglichst viel über die UdSSR wissen.

Sekretariat des Jugendstudienzen-trums, New Delhi, Indien

Als Propagandist benutze ich ausgiebig Ihre Veröffentlichungen zum 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution. Besonders möchte ich den vorzüglichen Beitrag von Wladimir Tetjuschev „Herausforderung an den Kapitalismus“ (Heft 24/77) vermerken. Er enthält zahlreiche Fakten, die die Vorzüge der krisen- und flautenlosen sozialistischen Wirtschaft beweisen.

K. NISIJENKO
Tscherkassy, Ukrainische SSR

In unserem Staat Westaustralien war unlängst eine sowjetische Gewerkschaftsdelegation. Die Teilnehmer sprachen mit Gewerkschaftlern, mit Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft Australien—UdSSR, mit Bergleuten, Hafen- und Bauarbeitern. Die Begegnungen waren von Aufrichtigkeit und Herzlichkeit getragen, und der Besuch hat zweifellos die Freundschaft unserer Völker gestärkt und geholfen, die künstlich gegen die Verständigung aufgerichteten Schranken niederzulegen.

C. L.
North Innaloo, Australien

Jedes Mal, wenn ich lese, wie sich US-Politiker für die „Menschenrechte“ in den sozialistischen Ländern einsetzen, muß ich an den Spruch denken, daß manche Leute zwar den Splitter im fremden Auge sehen, nicht aber den Balken im eigenen Auge.

I. POLENOW
Wologda, RSFSR



Bitte eine Auskunft, was die Kuna-Indianer vorstellen.

Nina JEMELJANOWA
Swerdlowsk, RSFSR

Die Kuna-Stämme leben auf den San-Blas-Inseln nahe der Nordküste Panamas. Die Inseln gehören formell zu Panama, haben aber eine gewisse Autonomie, und die Bewohner unterstehen gleichermaßen dessen Gesetzen und den Stammeshäuptlingen.

Die Männer treiben Fischfang und Landwirtschaft. Die letztere beruht auf den Kokospalmen, die auf allen

Inseln wachsen und in deren Schatten die gegen den Regen mit Palmwedeln gedeckten Hütten stehen.

Dort wird auch Gewerbe getrieben. Am weitesten verbreitet sind Stickereien, die bei Touristen sehr gefragt sind.

Die Kuna sind sehr gastfreundlich. Sie halten sich würdevoll. Auf den Inseln wird mit Erfolg das Alphabetentum bekämpft. Der Unterricht in den Grundschulen ist kostenlos. Manche Indianer haben in Panama studiert.

Die Kuna sind im Parlament Panamas vertreten.

Verirrt



Der schon von Napoleon I. gegründete Rechnungshof, der die Ausgaben staatlicher Einrichtungen zu überprüfen hat, berichtet alljährlich, daß Staatsmittel verschleudert werden. In diesem Jahr hielten die Leiter eines Tunnelbaus durch die Pyrenäen den Rekord. Dieser Tunnel wurde neun Jahre gebaut. Und als er sich der spanischen Grenze näherte, von wo ein Gegentunnel gebaut wurde, stellte sich heraus, daß der französische Tunnel sich „verirrt“ hatte. Der Grund war, daß die Bauleute des französischen Abschnitts es einfach nicht für nötig gehalten hatten, mit ihren spanischen Kollegen Kontakt aufzunehmen.

Teurer Spaß

Wenn Präsident Carter seine Heimatstadt Plains im Staat Georgia besucht, schrieb das Nachrichtenmagazin *Newsweek*, landet sein Hubschrauber gewöhnlich auf einem Flugfeld, das einem alten Freund des Präsidenten, Tom Peterson, gehört. Seinerzeit nahm Peterson 30 Dollar täglich als Benutzungsgebühr. Als Carter im Mai d. J. nach Plains flog, hob Peterson die Gebühr auf 100 Dollar an, und kürzlich — auf 200 Dollar. Nichtsdestoweniger ist Peterson unzufrieden: Er will noch mehr Geld herauspressen.

Selbst der Präsident hat die Teuerung zu spüren bekommen, meinte *Newsweek*.

Gewußt wie

Im Unterschied zu den meisten ihrer Wähler war es für die britischen Parlamentarier nicht schwer, eine Gehaltserhöhung zu bekommen: Sie stimmten eben einmütig dafür. Jetzt werden die Unterhausabgeordneten 6270 Pfund Sterling jährlich erhalten — doch das ist noch nicht alles. Allein durch Diätanzahlungen werden im laufenden Finanzjahr weitere 4 859 000 Pfund Sterling bei den Abgeordneten landen.

Suum cuique

Nach einer Meinungsumfrage, die kürzlich von der *New York Times* und der TV-Gesellschaft CBS veranstaltet wurde, meinen 65% der Amerikaner, es sei „schlecht“ in New York zu leben. Nur 12% bezeichnen es als „erträglichen“ Ort, und 5% halten es für „gut“, in dieser Stadt zu leben. Nur ein Prozent der Befragten erklärte, das Leben dort sei „ausgezeichnet“.

Es wird nicht mitgeteilt, was die letzte Gruppe verdient.

Ratlos



Der ehemalige Generaldirektor des Departements

für schöne Künste Thailands, Rangsarish Chaovanasiri, erklärte, etwa 800 unschätzbare Exponate seien geheimnisvoll aus dem Nationalmuseum verschwunden. Er fügte hinzu, schon viele Jahre würden sich regelmäßig Ausstellungsstücke „in Luft auflösen“. Der nationale Revisionsrat errechnete den Wert der „verschwundenen“ Exponate mit ca. 4 Mio Baht und erklärte, „jemand“ müsse diese Summe ersetzen. Doch wer?

Immer auf Achse



Die Frankfurter Rundschau (BRD) warnte Touristen, die in Nachtzügen nach Italien fahren: Auf der Strecke zwischen Mailand und Florenz können sie ausgeraubt werden. Seitdem Banditen einen Zugschaffner herausgestoßen haben, schließen sich die Schaffner über Nacht in ihrem Abteil ein. Alle Beschwerden und Forderungen, die Züge zu bewachen, bleiben wirkungslos, da die Bahnpolizei, wie viele meinen, von den Banditen bestochen ist. Es bleibt daher nur der Rat, den die Zeitung erteilt: Die Abteiltür über Nacht nicht nur abzuschließen, sondern auch von innen zu verbarrikadieren.

Richter als Angeklagter

Ein Londoner Gericht verurteilte den ägyptischen Bürger Somail Assam Dia wegen Ladendiebstahls zu 300 Pfund Sterling. Jetzt kann der ehemalige Angeklagte wieder seiner alten Tätigkeit nachgehen — als

Richter am Obersten Gericht Ägyptens.

Nicht für Feinschmecker

Mitarbeiter des US-Landwirtschaftsministeriums enthüllten in ihrer Kantine eine Gedenktafel für Alfred Packer, der im letzten Jahrhundert wegen Kannibalismus verurteilt worden war. Wie die Beamten meinen, bringen die Kantinenatmosphäre und die „Qualität“ der Gerichte diesen Kannibalen in Erinnerung, dessen Devise lautete: „Ich kenne kein Essen, das mir nicht geschmeckt hätte.“

Passabel

Beim Folklorefestival von Cambridge (Großbritannien) verhaftete die Polizei 91 Personen wegen des Verdachts des Narkotikamißbrauchs. 51 weitere Delikte werden untersucht, vor allem Diebstähle. Offensichtlich hatte sich die Polizei auf Schlimmeres gefaßt gemacht, denn ein Polizeisprecher bezeichnete das „Verhalten der Menge“ während des Festivals als „insgesamt gut“.

Filmstar



Hollywood beschloß, die besonderen Verdienste eines Autos zu würdigen, das in einigen Walt-Disney-Filmen mitgewirkt hatte. Wie anderen Hollywooder Berühmtheiten, denen die Ehre zuteil wurde, Finger- und Fußabdrücke auf einer besonderen Betonfläche zu hinterlassen, durfte die Limousine dort ihre „historischen“ Reifenabdrücke verewigen.

Zeichnungen I. Smirnow

SOWJETISCHE AUSSENPOLITISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT“

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts. Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

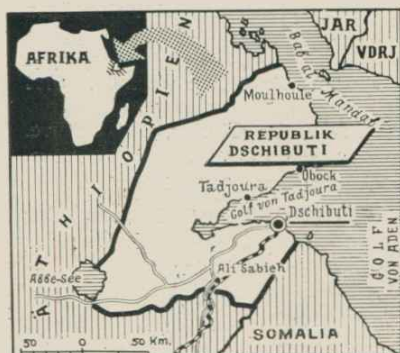
Die **NEUE ZEIT** erscheint in acht Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, polnisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

- BELGIEN** (300 b. Fr.) — Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.
— Les Amitiés Belgo-Soviétiques, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- BRD** (16,00 DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3 (Worringerplatz). Postfach 1928
— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel, 5 Köln 1 Follerstraße 2 — Postfach 101610.
Kubon & Sagner, 8 München 34, Postfach 68.
— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H., Börsenstraße 13-15 6 Frankfurt am Main.
- DÄNEMARK** (36,00 D. Kr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, Aarhus—C.
— Sputnik International — Import og Boghandel, Vester Voldgade 11, 1152 København V.
— Rosenkilde og Bagger, Kron-prinsens-gade 3, København K.
— Rhodos International Tidsskrifthandel 36, Strandgade DK 1401 København K.
- DDR** (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt, 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3-4.
- FINNLAND** (18,00 mk) — Akateeminen Kirjakauppa Postilokero 128, 00100 Helsinki 10.
— Kansankulttuuri Oy Simonkatu 8, 00100 Helsinki 10.
— Rautakirja Oy Koivuvaarankuja 2, 02670 Hämevaara.
- FRANKREICH** (30,00 NF) — Librairie du Globe, 2, rue de Buci, 75 — Paris 6.
Association France—U.R.S.S. 8, bd. de Mélinmontant, 75 — Paris 20.
— Presses Universitaires de France, 12, rue Jean de Beauvais, 75 — Paris 5.
— Les Livres Etrangers S.A. 10, rue Armand Moisant, 75 — Paris 15.
- HOLLAND** (17,40 H. fl.) — „Pegasus“ Boekhandel, Leidsestraat 25 Amsterdam.
— Ster-boek Visserstraat 23 Groningen.
- ITALIEN** (1200 Lire) — Associazione Italia—URSS. Piazza della Repubblica 47, 00185 Roma, Italie.
- JAPAN** (2400 Yen) — Nauka Ltd., 30-19, Minami-Ikebukuro 2-chome, Toshima Ku., Tokyo.
— Nisso Tosho Ltd., c/o Masumoto Bldg., 1-5-16, Suido, Bunkyo-ku, Tokyo.
- JUGOSLAWIEN** (41,30 Din.) — 11 000 Belgrad. „Jugoslovenska knjiga“, Terazije 27/II, soba 5.
— „Prosveta“, Terazije 16/1.
— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Ilica 30/1, Preradoviceva 18.
— 6100 Ljubljana. „Drzavna Založba Slovenije“ Titova cesta 25.
— „Cankarjeva Založba“, Kopitarjeva 2.
— 71 000 Sarajevo. „Veselin Maslesa“, S. Milutinovica 4.
— 91 000 Skopje. „Makedonska knjiga“, Tiranska bb.
- KANADA** (4,50 Can. \$) — Progress Books, 487 Adelaide St., West Toronto 2B. Ont.
— Periodica Inc., 7045 Avenue Du Parc. Montreal 15. Qué.
- LUXEMBURG** (300 b. Fr.) — Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.
- NORWEGEN** (36,00 N. Cr.) — A/S Narvesens Litteraturtjeneste Bertrand Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6.
— Tanum-Cammermeyer (Subscription-Centre) Karl Johansgt. 43, Oslo 1.
— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Rådhusgt. 8-V, Oslo.
— A/S Norsk Forlag NY DAG, Books 3634 GB. Oslo.
- ÖSTERREICH** (44 S.) — „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.
— „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.
— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.
— Österreichische Kommissionsbuchhandlung, Maximilianstraße 17, A-6029 Innsbruck.
— Gerold und Co., Graben 31, A-1011 Wien 1.
- POLEN** (52 Zl.) — „Ars Polonia-Ruch“-Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.
- SCHWEDEN** (36,00 Sw. Kr.) — Wennergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.
— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, Fredsgatan 2, Stockholm 16.
— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.
— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan Box 62, S-101 20 Stockholm.
— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr. 116 45 Stockholm.
- SCHWEIZ** (16,00 s. Fr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2/Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.
— Naville et Cie S.A. 5-7, rue Lévrier, 1211 Genève.
— Librairie Rousseau 36, rue J.-J.-Rousseau, Genève.
— Pinkus et Cie, Froschaugasse 7, 8001 Zürich.
- TSCHECHOSLOWAKEI** (62,40 Kčs) PNS-dovoz tisku; PNS-dovoz tlace.
- UNGARN** (80 Forint) — Die Postämter
- USA** (5,50 \$) Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010.
- WESTBERLIN** (16,00 DM) „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 333/West, Thielallee 34.
— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62/West Hauptstraße 101.



Im Objektiv: DSCHIBUTI



Die Republik Dschibuti ist der jüngste unabhängige Staat Afrikas und das 49. Mitglied der Organisation der Afrikanischen Einheit. Am 27. Juni wurde in der gleichnamigen Hauptstadt die französische Flagge herabgelassen.

Das Landesgebiet (22 000 km²) besteht größtenteils aus Wüste, und von den knapp 250 000 Landesbewohnern sind mehr als die Hälfte nomadisierende Viehzüchter. Verbreitet sind auch Fischfang, Perlen-, Korallen- und Schwammfischerei. Die Hauptstadt ist ein großer Seehafen an der Ostküste

Afrikas. Aus der kolonialen Vergangenheit hat der junge Staat akute wirtschaftliche und soziale Probleme übernommen.

Chef der Regierung ist Hassan Gouled Aptidon, der Führer der Afrikanischen Volksliga für die Unabhängigkeit. Zur Außenpolitik des Landes sagte er, sie werde blockfrei und auf „ausgewogene Beziehungen“ zu den Nachbarstaaten abgestellt sein.

Unsere Bilder: Die Fahne der Unabhängigkeit auf dem Abgeordnetenhaus ♦ Auf dem Fest anlässlich der Ausrufung der Unabhängigkeit ♦ Er hat für die Unabhängigkeit gestimmt ♦ Am Rande der Hauptstadt ♦ Das Denkmal der gefallenen Helden

Fotos A. Nikanorow und TASS